

# Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder  
sowie der freien eingeschriebenen Hilfskräfte Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 34. Erscheint alle Sonnabend.  
Abonnementpreis 1.50 M. pro Quartal  
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,  
Schmalenb. Str. 17, Fernspr. Amt B, 3622.

Hamburg,  
Sonnabend, 21. August 1909.

Anzeigen kosten die 4gespaltene Zeile  
oder deren Raum 40 Pfg. (der Betrag ist  
stets vorher einzufenden.)  
Vereinsangelegen 20 Pfennig die Zeile.

23. Jahrg.

## Kollegen! Sorgt für die weitere Ausbreitung des Verbandes!

### Der christliche Gewerkschaftskongress und die Scharmacher.

Die Führer der Christlichen geben sich die erdenklichste Mühe, sich bei den „nach Bildung und Besitz maßgebenden Schichten“ der Bevölkerung in ein gutes Licht zu setzen und sich Liebling zu machen. Zu dem Zwecke umschmeicheln sie die Geistlichkeit, diese „von Gott gesegneten Hüter und Wächter“ des niederen Volkes; dem unerfährlichen Agrariertum bringen sie fortgesetzt Opfer, indem sie die Masse mit immer neuen Lasten überhäufen, damit die notleidenden Landwirte sich die Taschen füllen können, und dem Ausbeutertum schmieren sie dadurch Honig ums Maul, daß sie beständig von der Interessengemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter reden und vor der Intelligenz und Autorität der Kapitalprogen kahnbucheln. Vor allen Dingen aber suchen sie ihre Stärke darin, möglichst weit von der Sozialdemokratie abzurücken und den modernen Sozialismus als Teufel an die Wand zu malen. Man lese nur in dem Jahresbericht zum Kölner Kongress folgende Sätze:

„Der sozialistische Gewerkschaftler steht nur auf eigenem Boden, wo er sich technischen oder berufswirtschaftlichen Missverständnissen gegenüber sieht; da hat er selbständiges Urteil; manchmal auch abweichend von der Partei (vergl. Fragen wie: Unterstützungswesen, Tarifverträge, Generalstreik, Matzeier). Wo es aber geistige, psychologische Vorgänge zu beurteilen gilt, da holt er sich Rat bei der sozialistischen Theorie. Die große Welt mit der Fülle ihrer Erscheinungen und Rätsel spiegelt sich bei ihm durchaus „marxistisch“. Er denkt sozialistisch. Und wie erklärt sich die sozialdemokratische Theorie den nicht sozialdemokratischen Proletariats? Dafür hat sie keine andere Erklärung wie: Ideologie oder Dummkopf oder Lump. Das gilt für die Sozialdemokratie allgemein. Wir haben bei Diskussionen mehrfach die Erfahrung gemacht, daß Sozialdemokraten unserer religiösen Gedanken- und Empfindungswelt so himmelweit entriekt sind, daß es eben eine Aussprache, geschweige denn eine Verständigung, nicht geben kann. Wir stehen vis-à-vis du rien, d. h. vor nichts. Nicht umsonst weise ich auf die Tatsache der absoluten Abhängigkeit der sogenannten „freien“ Gewerkschaftler von der sozialdemokratischen Lehre hin; wenn die Dinge nicht so lägen, dann gäbe es eben im sozialdemokratischen Lager auch den Rattenkönig oberflächlicher, gesuchter, gequälter, gehässiger und hinterlistiger Beurteilungen der christlichen Gewerkschaften nicht.“

Das bedeutendste Scharmacherorgan Deutschlands, die „Arbeitgeberzeitung“ des Oberscharmachers Reischwig, knüpft hieran folgenden Wunsch: „Diese Erkenntnis wird hauptsächlich die christlichen Gewerkschaftler für alle Zeit davor schützen, daß gewisse sozialistische Vorstellungen sich auch in ihre Reihen einschleichen. Daß mit dieser Gefahr ernstlich gerechnet werden muß, wird niemand bestreiten, der die Gewerkschaftsbewegung der letzten Jahre aufmerksam verfolgt hat. Mögen sich aber die christlich gesinnten Arbeiter immer vor Augen halten, daß ihre und die sozialistische Weltanschauung durch einen tiefen Abgrund voneinander getrennt sind!“

In derselben Nummer der „Arbeitgeberzeitung“ befindet sich auch ein Artikel, der sich mit der neuesten Entwicklung der christlichen Gewerkschaften beschäftigt. Dieser Artikel spiegelt deutlich die Hoffnungen wieder, die das Scharmachertum auf die christliche Gewerkschaftsbewegung setzt. Es heißt darin:

„Man kann den christlichen Gewerkschaften nach ihrem bisherigen Werdegang nicht absprechen, daß sie im gewöhnlichen Sinne ein Gegengewicht gegenüber dem Materialismus der freien Gewerkschaften bilden, daß sie insbesondere eine Zufluchtsstätte für diejenigen Arbeiter sind, die noch nicht in den Bannkreis der Sozialdemokratie gezogen worden sind. Andererseits kann man in einer Reihe von Fällen die Beobachtung machen, daß, wenn christ-

liche und freie Gewerkschaftler nebeneinander streifen, die von beiden Parteien gestellten Forderungen in der Regel bis auf die prinzipiellen, rein sozialdemokratischen Forderungen, der Freigabe des 1. Mai usw., Wort für Wort übereinstimmen. Die christlichen Gewerkschaften müssen sich schon aus Konkurrenzrücksichten zu einer solchen gleichem Normierung der Forderungen entschließen, weil sonst ihre Mitglieder scharfmerkwürdig zu werden drohen. Der vorletzte Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften hatte ausführlich die Hinneigung der christlichen Gewerkschaften zu einer friedlichen Verständigung mit der Unternehmerschaft unterstrichen. Es herrsche, so wurde in dem Bericht angeführt, in Unternehmertreuen immer mehr die Annahme vor, daß bei den christlichen Gewerkschaftsführern allmählich das Verständnis für die schwierige und teilweise sehr komplizierte Lage der deutschen Industrie wachse. U. a. meinte denn auch der Bericht, die Unternehmerschaft hätte schon längst zu dieser Ansicht kommen können, und fügt dann hinzu: „Dadurch, daß die sozialdemokratische Wirtschaftstheorie von den christlichen Gewerkschaften verworfen und für falsch gehalten wird, ergibt sich von selbst, daß ihre Stellung zum Unternehmertum häufig eine andere sein wird, als die der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Auch für die Bedürfnisse und die Lage der Industrie im allgemeinen haben die christlichen Arbeiter volles Verständnis. In der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Auslandsmarkt sind auch die Arbeiter aufs höchste interessiert.“

Ueber eine derartige offizielle Aeußerung der christlichen Gewerkschaftsleitung kann die Unternehmerschaft sich an und für sich nur freuen. Indessen bleibt zu bedenken, daß auch die christlichen Gewerkschaften in der Praxis zum großen Teil genau so radikal vorgehen wie die Sozialdemokraten.“

Das ist ja gerade, was dem Scharmachertum an der christlichen Gewerkschaftsbewegung so sehr mißfällt, daß auch die Christlichen „aus Konkurrenzrücksichten“ gegen die modernen Gewerkschaften gelegentlich den Radikalen markieren und daß sie bei den Streitigkeiten mit dem Unternehmertum, die auch den Christlichen nicht erspart bleiben, den Kampfesmut der Arbeiter entfachen müssen. Das bedauert der Scharmachertuli der „Arbeitgeberzeitung“ sehr, weshalb er schreibt: „Wenig christlich ist es, wenn der Berichtstatter des weiteren auch betont, die Hauptaufgabe der christlichen Gewerkschaften müsse die „Entfaltung eines edlen Kämpfergeistes“ sein, denn das klingt schon etwas allzusehr an die Taktik der sozialdemokratischen Gewerkschaften an.“

Das ist ganz richtig gedacht: Das offizielle Christentum, das kapitalistisch verseucht ist bis auf die Knochen, predigt Geduld, Entagung, Zufriedenheit und vertritt die Armen und Elenden auf bessere Zeiten. Damit vertritt sich in der Tat kein Kämpfergeist, sondern nur eine Sclaven-gesinnung. Weil sich aber dieser Kampfesmut immer wieder auch bei den Christlichen bemerkbar macht, weil er eben als eine sozialgeistige Erscheinung aus den heutigen kapitalischen Verhältnissen herauswächst, so blickt das Ausbeutertum mißtrauisch auf die christlichen Gewerkschaften. Und auch ihr letzter Kongress findet nicht die rühmlichste Zustimmung der Scharmacher. Die Scharmacherpresse beginnt bereits Kritik zu üben, indem sie schreibt:

„Es ist ein ganz besonderer Trugschluß aller der Herren, die sich außeramtlich oder amtlich in sozialpolitische Arbeit nach dem Vorbild der Ratheserzialisten betätigen, daß sie glauben, man müsse bei dem christlichen Arbeiter, wenn er sich organisiert, um weiter zu kommen, andere Motive suchen, als bei dem sozialdemokratischen Arbeiter. Davon ist gar keine Rede. Wenn Gewerkschaften und Partei eins sind, so sind zwar christliche und gewerkschaftliche Organisationen durchaus nicht eins, aber die treibenden Ursachen sind die gleichen. Und ob das schließlich ein Unglück wäre! Bei den Sozialdemokraten weiß man wenigstens genau, woran man ist, bei den anderen Organisationen weiß man nur, daß sie genau wie jene ihre Lage verbessern wollen, im übrigen ist man unklar über das, was sie wollen, und das viel besprochene Wort, die christlichen Gewerkschaften sind schlimmer als die sozialdemokratischen, hat, von diesem Standpunkt betrachtet, eine gewisse Berechtigung. Man betonte wiederholt die wirtschaftliche Sclaverei, die Achtung vor

der Bedeutung des privaten Unternehmertums, die richtige Einschätzung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit zueinander, und es war der Direktor des katholischen Volksvereins, der das besonders betonte, im übrigen brachte man aber alles als Eigenwünsche vor, was bei der Beratung der sog. großen Gewerbenovelle an extremen Forderungen aufgetaucht ist, ohne sich viel Kopfschüttelns über die Durchführbarkeit zu machen. Um den staatlichen Zwang und die staatliche Bevormundung kümmerle man sich dabei nicht im geringsten, in diesen Kreisen herrscht der unbedingte Glaube an die Notwendigkeit der Zwangsversicherung, und man feiert es als einen Kulturfortschritt ersten Ranges, daß sie sich auf Millionen von Arbeitern erstreckt. Die mechanische Auffassung der Sozialpolitik drängt sich überall in den Vordergrund, und da Zahlen beweisen, doch man darauf, daß seit dem Bestehen der Arbeiterversicherung in etwa 81 Millionen Fällen 6¼ Milliarden Mark an Entschädigungen ausbezahlt worden sind. Im übrigen wird flott barauflos gefordert. So sollen unter die Unfallversicherung auch Gewerbekrankheiten (Verstümmelungen, Weisheit usw.) fallen, die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Invaliditätsversicherung ist weniger notwendig, als daß Invalidenrenten, die Kinder unter 14 Jahren oder solche, die infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen dauernd erwerbsunfähig sind, zu versorgen haben, eine Zuschuldrente entsprechend der Zahl der Kinder gewährt wird. Wie oberflächlich im allgemeinen verfahren wird, bewies die Behauptung eines der Redner, der Einwand gegen den Arbeiterschutz, daß er die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie dem Auslande gegenüber untergrabe, sei nicht stichhaltig, das beweise die Tatsache der glänzenden Entwicklung der deutschen Industrie, die ohne jeden Widerspruch hingenommen wurde.“

Das ist ja des Pudels Kern. Solange die christliche Gewerkschaftsbewegung ihre Aufgabe darin erblickt, die Arbeiter einzuschläfern und über ihre wahren Interessen hinwegzutäuschen, solange sie also als Helfershelferin der Verbummung und Ausbeutung fungiert, solange findet sie Gnade vor den Augen der Scharmacher, sobald sie aber Ernst macht mit der Vertretung von Arbeiterinteressen irgendwelcher Art, wird sie in Acht und Bann erklärt. Dann ist sie ebenso schlimm wie die Sozialdemokratie.

Wer Augen hat zu sehen, der sehe, und wer Ohren hat zu hören, der höre!

### Der Siegeszug des Großbetriebes.

Welchen Effekt hat die marxistisch ausposaunte „Mittelstandspolitik“ der bürgerlichen Parteien gezeitigt? Ist es wahr, geht das Handwerk und der Mittelstand einer „neuen Zukunft“ entgegen, oder sind die Dinge wieder einmal stärker gegen sie als die Menschen? Darauf geben uns die beiden im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten weiteren Hauptergebnisse der gewerblichen Betriebszählung in Deutschland vom 12. Juni 1907 lehrreiche Antwort.

Auf den ersten Blick mag es scheinen, als ob die Zähl-ergebnisse eine verstärkte Position des Handwerks und des gewerblichen Mittelstandes konstatieren. Es wurden nämlich festgestellt:

	1882	1907
Kleinbetriebe (bis zu 5 Personen)	2 882 768	3 124 198
Mittelbetriebe (mit 6—50 Personen)	1 127 715	2 674 430
Großbetriebe (51 und mehr Personen)	9 974	32 007

Das sieht aus, als ob der Großbetrieb gegenüber den kleinen und mittleren Betrieben volkswirtschaftlich eine unbedeutende Rolle spielte; und ganz gewiß werden konservativ-lexikale Mittelstandspolitiker mit diesen Zahlen die „Vorherrschaft des Mittel- und Kleinbetriebes“ zu demonstrieren versuchen vor unwissenden Hörern und Lesern. Man wird den Leuten erzählen, von 100 Betrieben seien im Jahre 1907 noch über 91 Proz. kleine, 7,8 Proz. mittlere und nur 0,9 Proz. große gewesen. Schon daß von 1882 bis 1907 sich die Zahl der Kleinbetriebe von 95,9 auf 91,3 Proz. von der Gesamtzahl verringert hat, wird man den zu Betörenden verschweigen, um sie bei der konservativ-lexikalen Stange zu halten. Von den sonstigen Ergebnissen der Gewerbebeurteilung wird der irreführende Mittelstand durch seine „Vertreter“ überhaupt kein klares Bild erhalten, von wegen der Gefahr dieser Aufklärung.

Die Erhaltung oder Vermehrung der kleinen und der mittleren Betriebe geschieht nämlich wesentlich nur in den Gewerbegruppen, die für die Gesamtwirtschaft nur von untergeordneter Bedeutung sind. In der Hochproduktion und in der hieran sich anschließenden Weiterverarbeitung, d. h. also den Stützen der Volkswirtschaft, beherrschen die Großbetriebe, in rasch steigendem

Maße das Feld. Die Gewerbegruppen Industrie (einschließlich Bergbau und Baugewerbe) wiesen 1882 noch 2 175 857, im Jahre 1907 nur noch 1 870 261 Kleinbetriebe auf! Wohl nahm die Zahl der Mittelbetriebe von 85 001 auf 187 074 zu, aber die Großbetriebe vermehrten sich von 9481 auf 20 033. Was das zu bedeuten hat, werden wir bei der Betrachtung der beschäftigten Arbeiter erkennen.

Der Kleinbetrieb hat sich allerdings in den Gewerbegruppen Handel und Verkehr, Gast- und Schankwirtschaft besonders ausgedehnt. Hier wurden 1907: 1 204 737 gegen nur 676 233 Kleinbetriebe im Jahre 1882 gezählt. Aber diese Gewerbegruppen sind sozusagen alle nur Hilfs-gewerbe; sie führen der Volkswirtschaft keine neuen Werte zu, vermitteln wesentlich nur den Austausch der Waren. Hunderte solcher Kleinräumer sind volkswirtschaftlich eine geringere Potenz wie ein einziger nur mäßiger Großbetrieb. Von „selbständigen Existenzen“ kann man angeht das Ganges und Wanges der großen Masse dieser Kleingewerbetreibenden nur sprechen, wenn man dem Begriff Gewalt antun will.

Die Erdrückung der Klein- und Mittelbetriebe durch den Großbetrieb tritt sinnenfällig in die Erscheinung, wenn wir die in Frage kommende Personenzahl betrachten. Es entfallen überhaupt gewerbeltätige Personen auf die

	1882	1907
Kleinbetriebe	4 335 823	5 353 576
Mittelbetriebe	1 391 720	3 644 751
Großbetriebe	1 613 247	5 350 025

Man beachte die gewaltige Verschiebung zugunsten der Großbetriebe. Verteilt man nun die Personenzahl auf die Betriebe, so ergibt sich, daß auf je einen

	1882	1907
Kleinbetrieb	4,08 Personen	6,5 Personen
Mittelbetrieb	12,3	13,6
Großbetrieb	161,7	167,2

entfielen.

Nun tritt schon die gewaltige ökonomische Ueberlegenheit des Großbetriebes deutlicher in die Erscheinung. Die Situation ist aber für den Gewerbebetrieb noch bedeutend günstiger als die vorstehenden Vergleiche erkennen lassen. 1907 hatten nur noch in 7 von den 23 Gewerbegruppen die Kleinbetriebe die Mehrheit der beschäftigten Personen für sich. Es waren dies die Gewerbegruppen: Kunst- und Handwerkszünfterei, Tierzucht (exkl. landwirtschaftlicher Nutztiere) und Fischerei, Handelsgewerbe, Bekleidungs-gewerbe, Gast- und Schankwirtschaft und Reinigungsgewerbe. Man sieht, kein einziges der sogenannten Standardgewerbe, nur Hilfs- und Nebengewerbe, die auf den Gang der Volkswirtschaft keinen bestimmenden Einfluß ausüben können. In den genannten 7 Gewerbegruppen waren 3 713 748 gleich 70 Prozent aller überhaupt in Kleinbetrieben beschäftigten Personen tätig.

Maßgebend für die Volkswirtschaft Deutschlands sind die Gewerbegruppen Bergbau- und Hüttenindustrie, Industrie der Steine und Erden, Metall- und Maschinenindustrie, chemische Industrie, Papierfabrikation und Textilindustrie. Gerade in diesen wichtigsten Gewerbegruppen ist der Kleinbetrieb und mit zwei Ausnahmen (Metallverarbeitung und Textilindustrie) auch der Mittelbetrieb stark zurückgegangen; der Großbetrieb beherrscht souverän das Feld! Die relativ wenigen Großbetriebe in diesen sieben wichtigsten Gruppen beschäftigen doch 3 454 714 Personen und wie sich hier die Gesamtzahl auf die Betriebe verteilt, ist erst recht charakteristisch für die Bedeutungslosigkeit der Klein- und Mittelbetriebe in unsern Standardgewerben. So betrug in der Papierindustrie zwar 1907 die Zahl der Großbetriebe nur 4,8 vom Hundert; aber diese umfaßten 63,4 Prozent der beschäftigten Personen. In der Maschinen- und Apparateindustrie sind zwar 96,4 Proz. der Betriebe als kleine und mittlere gezählt worden; aber die wenigen Großbetriebe (3,6 vom Hundert) beschäftigen allein 70,4 Proz. aller in Betracht kommenden Personen. Auch in der Gruppe Bergbau-, Hütten- und Salinenwesen gab es noch 68,2 Proz. Klein- und Mittelbetriebe, während jedoch auf die Großbetriebe 96,6 Proz. der insgesamt beschäftigten Personen entfielen. Die riesige Akkumulation des großindustriellen Kapitals geht auch daraus hervor, daß die Zahl der auf je einen Großbetrieb entfallenen Personen betrug:

	1882	1907
in der Bergwerks- und Hüttenindustrie	948,6	496,7
in der Metallverarbeitung	121,5	155,4
in der Maschinenindustrie	186,3	231,4
in der chemischen Industrie	147,5	209,2
in der Textilindustrie	162,9	174,1

Wobei noch zu beachten ist, daß viele Großbetriebe in der Hand einer Gesellschaft vereinigt, außerdem fast sämtliche Gesellschaften miteinander kartelliert und syndiziert sind, wodurch sich die großkapitalistische Stokkraft noch gewaltig verstärkt. In den Gewerbegruppen, wo der Klein- und Mittelbetrieb noch absolut und relativ dominiert, ist die Kartellierung und Syndizierung aus natürlichen Gründen sehr erschwert, wenn nicht sogar unmöglich.

Also bietet auch diese offizielle Veröffentlichung das Bild eines stetigen Vordringens des Großbetriebes und eines Rückganges der kleinen und mittleren Betriebe in den volkswirtschaftlich ausschlaggebenden Gewerbegruppen. Selbst in solchen, die man gemeinhin als die Domänen des kleinen und mittleren Betriebes ansieht, hat er viel Boden abgeben müssen an den Großbetrieb. Von den 22 Gruppen, in denen Vergleiche möglich sind, hat der Kleinbetrieb nur in einer, dem Versicherungsgewerbe, sich an Zahl auch relativ vermehrt. Speziell die Zahl der für eigene Rechnung arbeitenden Kleinbetriebe ist insgesamt von 1 877 872 im Jahre 1882 auf 1 446 286 im Jahre 1907 zurückgegangen. Die dürren Biffern der Gewerbebeziehung enthüllen ein großes Fiasko der sogenannten „Mittelstandszünfterei“. Tatsachen sind eben haltstarke Dinge.

### Nationalismus und Internationalismus.

I.

Bekanntlich spielt der Internationalismus der modernen Arbeiterbewegung die Rolle eines Schreckgespenstes und die Internationalität der „vaterlandslosen“ Sozialdemokratie erscheint jedesmal auf der Bildfläche, wenn es gilt, die indifferente Masse grauen zu machen. Die

Proletarier, so heißt es, haben kein Gefühl für Volk und Vaterland, sie vertreten und unterstützen die Interessen des Auslandes und vernachlässigen die Wohlfahrt ihres eigenen Landes. Das ist natürlich blühender Unsinn, aber immer wieder gehen die Gegner damit freiben. Da müßte es denn wohl angebracht sein, einmal von der blauen und goldenen Internationale zu sprechen, weil die bürgerliche Presse den Internationalismus der Ober-schichten mit dem Mantel der Liebe zudeckt, wenn sie sich über die rote Internationale auch noch so sehr entrüstet.

Es ist bekannt, daß die deutschen Fürsten, allen voran der deutsche Kaiser, alljährlich mehrmals internationale Verbrüderungsfeiern feiern, indem sie ausländische Fürsten bejuchend oder sich von ihnen besuchen lassen. Dann werden Nischen geschwungen, in denen die Freundschaft und Interessen-solidarität gefeiert wird, die wie ein festes Band die Fürsten und Völker umschlingt. Das findet man ganz in der Ordnung, wenn aber die Arbeiter der verschiedenen Länder sich gegenseitig ihrer Sympathie und ihrer Solidarität versichern, so schimpft man über die vaterlands-lose Rotte.

In der Berliner vornehmen Gesellschaft, so hat eine englische Zeitung entdeckt, herrscht das nichtdeutsche Element vor. „Mit einer oder zwei Ausnahmen sind die Damen, die ein großes Haus führen, Ausländerinnen von Geburt. Die erste politische Gastgeberin des Reiches, die Fürstin von Bülow, ist eine geborene Italienerin, eine Prinzessin Camporeale, eine Frau von entzückender Liebesswürdigkeit, in deren Adern infolge ihrer Abstammung von dem historischen angloitalienischen Hause der Alton auch britisches Blut fließt. Die Fürstin Gendel von Donnersmarck, die Gattin des bekannten Multimillionärs und schlesischen Minenmagnaten, die wegen ihrer Summen und ihrer prächtigen Hofreden einen besonderen Ruf genießt, ist eine Russin. Die schöne und lebensfröhliche Fürstin Pleh ist eine Engländerin, die Schwester der Herzogin von Westminster und gleich dieser mit dem größten Grundbesitzer seines Landes vermählt. Die Herzogin von Ratibor, eine bekannte Prinzeßin und ein Liebling der Gesellschaft, ist ebenfalls eine Engländerin. Die Fürstin zu Fürstenberg, des Kaisers Gastgeberin in Donauessingen, ist eine böhmische Gräfin, und Amerika hat eine scharmante Vertreterin in der Gräfin Johannes Sierstorff, die in New York Mich Skowolton hieß.“

Die hohen Herren sind eben international und nehmen ausländische Frauen, wenn diese Geld haben. Und auch die vielgerühmten blonden deutschen Jungfrauen heiraten Ausländer, wenn sie eine Partie machen können. Dann pfeifen sie auf ihr Vaterland und ihr Deutschtum. Ein Beispiel möge dies beweisen. Im Jahre 1900 hatte ein russischer Großfürst mehrere Herren von der deutschen Botschaft in Petersburg beleidigt. Der damalige Vizekonsul, Fürst Nabolin, wollte die Sache wieder einrenken und wandte sich an die Gemahlin des Großfürsten, eine frühere mecklenburgische Prinzessin. Er appellierte an ihre deutsche Abstammung, mußte aber zu seiner Ueberraschung erfahren, daß die hohe Dame jede Vermittlung ablehnte mit der Begründung, sie sei keine deutsche Prinzessin, sondern eine russische Großfürstin. Diese Blüte des Obotritenlandes hatte sich früher von den Untertanen ernähren lassen, sie hatte sich auf dem Wege der Prinzessinnensteuer eine Anstalt zusammengeschoren, dann aber war ihr Deutschtum zum Teufel gegangen. Das ist eine Geschichte von zahllosen. Die deutsche Prinzessin, die sich an einen russischen Großfürsten oder an irgendeinen anderen ausländischen Magnaten verheiratet und dann keine deutsche Prinzessin mehr ist, sondern sich nur noch als Ausländerin fühlt, ist keine Ausnahme. Seltenste Ausnahme ist vielmehr die Prinzessin, die auch dann noch deutsch denkt und fühlt. Und in diesen selben Kreisen, in denen man um oft höchst fragwürdiger äußerer Vorteile willen Religion und Nationalität, vaterländische Gesinnung und Anhänglichkeit an die Heimat von sich wirft, als ob es sich um wertlosen Plunder handelt — in dieser selben Gesellschaft spricht man von Berrat an den heiligsten Gütern, wenn die Arbeiter sich bemühen, auf dem Wege internationaler Verständigung ihre Lage zu verbessern oder Einfluß auf politische Vorgänge zu gewinnen.

Die sieben ein wenig gekennzeichneten Herrschaften, die in der ganzen Welt zu Hause sind und mit der halben Welt verwandt oder verschwägert sind, pflegen, wenn sie das Volk, „die Untertanen“, zum Schutze von Thron und Altar aufsuchen, auf die rote Internationale zu schelten. Weit internationaler aber als die „rote“ ist die „blaue“ Internationale, die von dem hohen und höchsten Adel gebildet wird. Diese Internationale fühlt sich eben dort am wohlsten, wo sie die meisten Privilegien genießt.

Man denke, von verschiedenen regierenden Häusern zu schweigen, an die Hohenlohe. Der eine war deutscher Reichskanzler. Von seinen drei Brüdern war der erste ein preussischer Herzog, der zweite Oberhofmeister des Kaisers von Oesterreich, und der dritte ein römischer Kardinal. Mehrere deutsche Ständeherrn, die Fürstenberg z. B., sind dadurch, daß ihre weitläufigen Besitzungen nicht nur in den verschiedensten Teilen des Deutschen Reiches, sondern auch in Oesterreich-Ungarn liegen, erbliche Gesetzegeber sowohl in Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen als auch in Oesterreich und früher auch in Ungarn. In Ungarn hat man vor mehreren Jahren durch ein besonderes Gesetz dem bisher von altersher bestehenden Brauche ein Ende gemacht, daß Adelige, die sich ständig in andern Ländern aufhielten, gleichzeitig Mitglieder des ungarischen Oberhauses sein konnten. In Oesterreich und in den deutschen Ländern aber ist dieser erhebende Brauch noch heute Gesetz. Der vor etwa einem Jahrzehnt in Berlin verstorbene Herzog von Sagan und Valenag war als Herzog von Valenag Franzose und als Herzog von Sagan Preuze mit erblichem Sitze im preussischen Herrenhause. Er, der seinem ganzen Wesen und seiner ganzen Denungsweise nach Franzose war, hätte, wenn er dazu geneigt gewesen wäre, eifrig daran teilnehmen dürfen, der preussischen Monarchie Geleise zu geben.

Ähnlich ist es um die Herzöge von Arenberg bestellt. Zu den Familien der internationalen Aristokratie gehörend, besitzen die Arenberg immense Güterkomplexe in Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Italien und Oesterreich. Einige Mitglieder dieser Familie sind ganz Franzosen geworden, so Prinz Auguste Arenberg, Präsident der Suezkanalgesellschaft, und unter anderen der

Schwiegervater des französischen Militärbevollmächtigten in Berlin, so Prince d'Arenberg, französischer Abgeordneter, und sein Bruder Prince Ernest d'Arenberg, französischer Mejerbeauftragter. Der Chef des Hauses, Herzog Engelbrecht von Arenberg, gehört allerdings dem preussischen Herrenhause als erbliches Mitglied an, kann aber keineswegs als Deutscher betrachtet werden. Er ist in Oesterreich geboren, seine Mutter war keine Deutsche, er ist in Belgien erzogen und hat eine französische Erziehung genossen. Seine Frau ist eine Belgierin, mit der er in Brüssel ein großartiges Schloß bewohnt, in Deutschland, wo er sich im Münsterlande ein Schloß gekauft hat, hat er sich nur höchst selten aufgehalten; seit einiger Zeit bewohnt er hin und wieder dieses Schloß. Diesen „echt-deutschen“ Mann hat das Zentrum als Reichstagskandidaten aufgestellt, das selbe Zentrum, das den Internationalismus der Sozialdemokratie gar nicht genug verurteilen kann. Und das fromme katholische Volk hat diesen „ultramontanen Deutschen“ in den Reichstag gewählt, damit er dort die Interessen des Volkes vertreten soll. Ist das nicht zum Hundehulen?! Und klingt es nicht unendlich komisch, wenn wir lesen, daß es Bischöfe gibt, deren Besitz teils in Preußen, teils in Oesterreich liegt, so daß sie beim Ausbruch eines Krieges zwischen diesen beiden Mächten bald für den Sieg der preussischen, bald für den Sieg der österreichischen Waffen beten müssen. Was soll da der Herrgott machen!!!

Und wie mit der blauen, so sieht es auch mit der goldenen Internationale aus. Das Kapital hat längst die nationalen Grenzen überschritten und ist international geworden. Die Bank- und Handelshäuser haben ihre Filialen in aller Herren Länder, sie verleihen Geld und liefern Ware an alle, die zahlen können, und auch die Industrie hat längst den nationalen Rahmen gesprengt. Deutsche Kanonen und deutsche Gewehre werden in Masse an die Feinde Deutschlands verkauft und während eines Krieges verprobantieren die national gesinnten Geschäftsleute, ohne eine Miene zu verziehen, das feindliche Heer. Und kalten Blutes ziehen die Unternehmer und Betriebe ausländische Arbeiter ins Land hinein, die den einheimischen Arbeitslosen das Brot vor dem Munde wegnehmen.

Und dabei mag es diese Sippe, die dem Grundjahulbigt: „Wo ich Geld verdiene, da ist mein Vaterland!“ dem modernen kämpfenden Proletariat vaterlandslosigkeit vorzuwerfen!

### Wirtschaftliche Rundschau.

Besserung am Weltmarkt? — Die Erholung in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Großbritannien. — Herbst- und Winterausblick für den deutschen Arbeitsmarkt.

Ist es schon mit den heute zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln nicht leicht, die jeweilige wirtschaftliche Lage eines einzelnen Landes richtig zu diagnostizieren, so wachsen die Schwierigkeiten noch, wenn es gilt, ein Bild von der internationalen wirtschaftlichen Lage zu entwerfen. Und doch können wir bei der starken Abhängigkeit Deutschlands von den Vorgängen auf dem Weltmarkt nicht darauf verzichten, uns über die Richtung der Konjunkturlinien im Ausland so genau wie möglich zu orientieren. Denn nächst dem Ausfall der Ernte und deren Einwirkung auf die Getreide-, Mehl- und Brotpreise, auf die Vieh- und Fleischpreise, sind es vor allem die Anregungen vom Weltmarkt deren Intensität die wirtschaftliche Lage Deutschlands in den kommenden Herbstmonaten beeinflussen. Eine kräftige Belebung des Exportes ist für Deutschland mit seiner monatlich um 75 000 Köpfe wachsenden Bevölkerung ein dringendes Bedürfnis.

Glücklicherweise kommen vor allem aus den Vereinigten Staaten von Amerika Nachrichten, die eine fortgeschrittene Besserung der dortigen wirtschaftlichen Lage erkennen lassen. Wenn seinerzeit die Krise plötzlich und gleich in voller Kraft einsetzte, so weist auch die Erholung ein rascheres Tempo auf als in Deutschland. Damals wurden mit großer Rücksichtslosigkeit, wie es eben für amerikanische Geschäftspolitik charakteristisch ist, die Betriebe stillgelegt oder doch die Erzeugung einschneidend herabgesetzt, was die sofortige Entlassung von Scharen der erwerbstätigen Arbeiterbevölkerung zur Folge hatte. Wir entfanden uns noch des Rückstroms von Arbeitern, die nach Ausbruch der amerikanischen Krise wieder nach Europa zurückkehrten und den europäischen Arbeitsmarkt belasteten. In den amerikanischen Industriezentren und in den meisten größeren Städten schnellte gleichzeitig die Arbeitslosenziffer auf eine Höhe, wie wir sie in Europa nicht kennen. Umgekehrt geht auch jetzt die Erholung drüber rascher vor sich als bei uns, was aber nur als scheinbarer Vorzug zu betrachten ist; denn er ist bedingt durch das rücksichtslose Verfahren beim Eintritt der Krise. Die Beschäftigtenziffer nimmt jetzt stark zu, da sie weit erheblich reduziert wurde als bei uns; die Betriebe der wichtigeren Industriezweige nähern sich dem Zeitpunkt, wo die Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates wieder voll ausgenutzt wird; die Umsätze am Waren- und Geldmarkt weisen schon wieder Dimensionen auf, die auf zunehmenden Bedarf und auf gesteigerte Kaufkraft schließen lassen; die Verkehrseinnahmen steigen fast von Monat zu Monat; der auswärtige Handel belebt sich; vor allem ist die Einfuhr wieder im Wachsen begriffen, wie auch der Verkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten erkennen läßt. Bei der Wichtigkeit unseres Warenverkehrs mit den Vereinigten Staaten ist diese Entwicklung sehr erfreulich, und nur ein dunkler Schatten liegt auf ihr, seit feststeht, daß infolge der amerikanischen Tarifrevision unsere Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten eine neue Erschwerung erfährt. Zwar gelingt es vielleicht noch, zu einem annehmbaren Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten zu gelangen, immerhin aber bleibt die für unsren Export bedauerliche Tatsache bestehen, daß die Amerikaner auch mit ihrer neuen Tarifrevision wieder auf eine weitere Verdrängung oder doch Belastung des ausländischen Wettbewerbes ersorglich hingearbeitet haben.

Auch dasjenige Land, das unter der gewerblichen Krise 1907/08 am meisten zu leiden hatte, steht nunmehr wieder im Zeichen der Erholung, nämlich Großbritannien. Aber so rasch die Erholung in Amerika vor sich geht, so langsam vollzieht sie sich in Großbritannien. Kennzeichnend für das ganz verschiedene Tempo der Erholung ist z. B. die Erscheinung, daß während des ersten Halbjahres 1909 im deutsch-amerikanischen Warenverkehr schon eine merkliche Steigung der Umsätze gegen 1908 sich zu er-

zennen gibt, während im deutsch-britischen Verkehr noch eine völlige Stagnation zu beobachten war. Aber nicht-destoweniger hat gerade die allerjüngste Zeit doch deutliche Spuren der Erholung gebracht. Die Arbeitslosigkeit geht zurück, wenn sie auch noch immer über dem Stande des Vorjahres bleibt; die Beschäftigung nimmt dementsprechend zu. Vor allem zeigt sich auf dem Eisenmarkt eine Wendung zum Besseren, indem die Preise ihre fallende Richtung ausgegeben haben und die Stimmung für den Herbst wesentlich zuversichtlicher geworden ist. Die Tendenz der Aufwärtsbewegung bricht aber erst allgemeiner durch, seitdem die Gefahr eines Generalanstandes im britischen Kohlenbergbau endgültig beseitigt ist. Solange dieses Damoklesschwert über dem britischen Wirtschaftsleben schwebte, war alle Unternehmungslust noch förmlich eingebümt, da die Folgen eines Niesensstreiks im englischen Bergbau alle Faktoren, die auf eine Erholung hingedrängen, über den Haufen gerannt hätten. Es ist für Großbritannien wirtschaftliche Position ein nicht zu unterschätzendes Glück, daß es gelungen ist, den drohenden sozialen Kampf zu vermeiden. Nachdem die Gefahr beseitigt ist, dürfte auch in Großbritannien die wirtschaftliche Besserung etwas rascher als bisher vorwärts gehen, so daß namentlich auch wieder auf eine größere Ausdehnung des Warenverkehrs mit dem Auslande zu rechnen ist, wozu sich während der letzten Monate die Voraussetzungen gebildet haben.

Man wird also bei vorsichtiger Schlussfolgerung annehmen dürfen, daß die Herbstmonate unter einer Belebung des Weltmarktes stehen werden, die in erster Linie von den Vereinigten Staaten von Amerika, von Großbritannien und auch von Deutschland ausgelöst werden dürfte. Eine derartige Perspektive ist aber auch für die Gestaltung des deutschen Arbeitsmarktes während der Herbstmonate von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Es ist schon eingehend darauf hingewiesen worden, daß trotz der Erholung des gewerblichen Beschäftigungsgrades der deutsche Arbeitsmarkt noch unter einem starken Ueberangebot leidet, das in den nächsten Monaten keineswegs verschwinden, sondern im kommenden Winter noch einmal mit großer Kraft sich bemerkbar machen wird. Daran ist gar nicht zu zweifeln. Dafür spricht der an sich noch immer sehr hohe Andrang von Arbeitsuchenden, die Bewegung der Beschäftigtenziffer im Verhältnis zu dem Ueberangebot von Arbeitskräften während der Jahre 1908 und 1909 und nicht zuletzt die Erfahrung in früheren Perioden des Uebergangs von der gewerblichen Krise zum neuen Aufschwung. Aber gerade weil wir auch für einen harten Winter am Arbeitsmarkt uns einzurichten haben, ist es doppelt und dreifach wichtig, in welchem Grade und Tempo der Erholungsprozess sich vollzieht, ob die Anregungen vom Weltmarkt stark genug sind, die Herbstkonjunktur in Deutschland wesentlich zu beleben oder nicht. Für den Umfang der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter ist es ausschlaggebend, wieviel Arbeitskräfte in den Herbstmonaten noch Beschäftigung finden können. Es mag vielleicht manchem kleinlich erscheinen, gewissermaßen ängstlich Ausschau zu halten, wie sich die Witterung am internationalen Horizonte gestaltet. Wenn schon die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter noch einen starken Umfang annehmen wird, so kommt es nicht so sehr darauf an, ob es sich um einige zehntausende Arbeitslose mehr oder weniger handelt. Ganz abgesehen davon, daß für die Gewerkschaften auch schon die kleinste Verminderung der Arbeitslosigkeit wünschenswert sein muß, bleibt zu berücksichtigen, daß auch noch durch andre Faktoren der Umfang und der Charakter der Arbeitslosigkeit wesentlich beeinflusst werden kann. Wird durch den anregenden Einfluß vom Weltmarkt die Arbeitslosigkeit um Zehntausende, durch die zunehmende Kaufkraft der heimischen Landwirtschaft und eines wachsenden Teils der gewerblichen Bevölkerung wieder um Zehntausende herabgemindert, wird durch eine flotte Herbstkonjunktur im Baugewerbe die arbeitslose Winterzeit für einen starken Prozentsatz der dem Baugewerbe zugehörigen Arbeiter erträglicher gemacht, so liegen damit die Aussichten für den Arbeitsmarkt während des kommenden Winters viel weniger trostlos, als wenn die Sonne der wirtschaftlichen Erholung den Weltmarkt noch nicht bestrahlt würde. Arbeitslosigkeit im Uebergangsstadium zum Aufschwung wirkt wirtschaftlich, sozial und psychologisch ganz anders als Arbeitslosigkeit mit dem Ausblick auf weitere gewerbliche Depression.

Berlin, am 8. August 1909.

Rich. Calver.

### Weg mit der Schundliteratur.

Sage mir, was Du liest!  
 Und ich will Dir sagen, wer Du bist!  
 Wer Du auch leiest —  
 Knabe oder Mädchen — Schüler oder Schülerin, Lehrling oder Lehrmädchen — Mann oder Frau, ein Gebildeter oder ein Ungebildeter, halt einen Augenblick ein und lies, was hier steht! Nicht aufmerksam! Wirf das Papier nicht weg, lies es morgen noch einmal!  
 Nicht mit einem Male vielleicht entschleiert sich Dir der Sinn dieser Worte. Es steckt etwas von einem Geheimnis darin, und mancher wird diese Worte sogar dreimal lesen müssen, ehe er das Geheimnis entdeckt. Dann wird es ihm großen Nutzen bringen.  
 Hör' zu!  
 In Berlin wohnt ein steinreicher Mann, der verdient in einem Jahre zwei Millionen Mark und manchmal sogar noch mehr.  
 Mit seiner Hände Arbeit? O nein, der verdient sein Geld auf andre Weise.  
 Er lockt den Leuten das Geld mit List aus der Tasche; freilich nur bei denen gelingt es ihm, die sich das gefallen lassen. Nur bei den Dummen macht er sein Glück. Und gäbe es nicht so viele dumme Menschen, so könnte der Mann nicht soviel Geld verdienen. Ueberlege einmal, wie viele dumme Menschen dazu gehören, um zwei Millionen Mark zusammenzusetzen. Denn nicht hunderttausend, sondern der Mann das Geld aus den Taschen der Dummen, sondern grossenweise, und es gehören viele Dumme dazu, ehe der Mann seine Millionen beieinander hat.  
 Aber wie macht das der Mann eigentlich, und wie geht es zu, daß die Dummen so gutwillig sind? Das möchtest Du wohl wissen, aber das ist das Geheimnis!  
 Du kannst es erfahren, aber ich glaube, wenn Du's weißt, dann wirst Du lieber nicht zu den Dummen gehören wollen, die dem Berliner Manne seinen großen Geldsack füllen. Er würde Dir das auch gar nicht danken; denn er

will die Dummen gar nicht kennen, von denen er sein Geld kriegt, und auch die Dummen kennen ihn nicht, kriegen ihn auch niemals zu sehen. Der reiche Mann sagt überhaupt niemand etwas von der Art, wie er Geld verdient; denn jeder ehrliche Mann würde ihn deshalb verachten und würde mit dem Menschen Mitleid haben, die so dumm sind, daß sie diesem Manne etwas abkaufen.

Alhal! Der Mann verkauft oder läßt etwas verkaufen! Ja, das ist aber doch nicht unehrlich!  
 Gewiß nicht, aber es kommt nur darauf an, was er verkauft oder durch andre Leute verkaufen läßt, womit er also den Dummen das Geld aus der Tasche lockt.

Da Du nun doch nicht zu den Dummen gehörst und sicher nur im Vorübergehen bei irgend einem Papierladen, Zeitungskiosk oder Bigarrengeschäft stehen bleibst, um die dort ausgestellten bunten Bücher zu beschauen, so sollst Du erfahren, womit der Mann das Niesengeld von zwei Millionen Mark verdient.

Just mit den Büchern und bunten Heften, die Du in der Auslage gesehen oder in denen Du vielleicht schon manchmal selbst gelesen hast. Der Mann, von dem wir sprechen, fabriziert diese Bücher und bringt sie in großen Massen unter das Volk. Und ausgerechnet die Dummsten und Unerfahrensten kaufen ihm und seinen Helfern, den Händlern, diese Bücher und Hefte ab.

Vielleicht begreifst Du gar nicht gleich, warum das ein mehrschickes Geschäft sein soll, das man brandmarken müsse. Aber doch, das ist es, es ist in Wirklichkeit noch etwas viel Schlimmeres. Es ist eine heimtückische Vergiftung, die der Mann betreibt und bei der ihm seine Helfer zur Seite stehen.

Nicht zwar eine Vergiftung mit Strichnin und Ysol, aber doch eine Vergiftung; das Gift sitzt in den Heften und Büchern mit den bunten Umschlägen selber!

Wenn Dir jemand in das Mittagessen, das Du notwendig brauchst, um leben zu können, Gift schüttete, wäre das nicht heimtückisch und gruselig?

Ich weiß es nicht, was Du sonst tun würdest; aber sicher würdest Du lieber einmal hungern, als vergiftetes Fleisch zu genießen.

Genauso wie mit der leiblichen, so geht es auch mit der geistigen Nahrung. Wenn Dir jemand Deine geistige Nahrung vergiftet — was würdest Du anfangen? Sicher würdest Du sie unberührt stehen lassen.

Nun, der reiche Mann rechnet damit, daß die bunten Hefte in den Schaufenstern und bei den Zeitungshändlern solche geistige Nahrung für Dich sein sollen. Und höre und merke: diese geistige Nahrung ist vergiftet; die bunten Hefte sind das pure Gift für Dich!

Freilich merkst Du es nicht, wenn Du die bunten Umschläge mit den eigentümlichen Abbildungen besiehst, oder wenn Du gar solche Hefte regelmäßig liest. Das macht: das Gift ist süß. Es ist scheinbar wohlschmeckend, aber die Wirkungen stellen sich später ein. Ganz gewiß!

Die Gerichtsschranken in dieser Zeit reden darüber eine furchtbare Sprache. Junge Leute sitzen auf der Anklagebank, und im tiefsten Herzeleid erwarten Eltern und Geschwister, Freunde und Bekannte, Schulkameraden und Altersgenossen den Spruch des Gerichts. Erpressung, Bedrohung, Diebstahl, Einbruch, Raub und — Mord sind die Verbrechen, und nicht selten verschwinden die jungen Angeklagten auf Jahre hinter den Thoren der Gefängnisse und Zuchthäuser, während die Mutter, vom Schmerz gebrochen, zusammenbricht!

Weißt Du, woher das kommt?

Das ist die Wirkung des süßen Giftes, das der reiche Mann in die bunten Hefte verstreut und mit dem er seine zwei Millionen Mark im Jahre verdient! Unzählbar sind die Dummen und Gedankenlosen, die sich dieser Vergiftung aussetzen, unzählbar sind die Fälle, in denen diese bunten Hefte zum Abgrund, zum Verderben führen! Unzählbar!

Du wirst sicher nicht zu den Dummen gehören, die nutzlos in den Abgrund rennen, die das Gift absichtlich zu sich nehmen!

Du wirst gescheiter sein und klüger, und wenn Du 20 Pfennig ausgeben willst, um Dir etwas zum Lesen zu kaufen, so wirst Du in eine ordentliche Buchhandlung gehen und dort von Reklam, von Max Hesses Volksbücherei, von Kürschner, von den Wiesbadener Volksbüchern, von der deutschen Jugendbücherei, von den bunten Büchern der Berliner Lehrerschaft etwas verlangen. Zeigt Du dieses Papier, so wird Dir der Buchhändler eine ganze Auswahl vorlegen. Und dann hast Du gesunde geistige Nahrung, die nicht vergiftet ist, die Dich geistig kräftigt und nährt, die Dir hilft, ein tüchtiger Mensch zu sein oder zu werden.

Über ich rate Dir: Besuche eine öffentliche Bücherhalle; dort stehen Dir für ein paar Pfennige oder gar ganz umsonst Tausende von Büchern zu Gebote, und von allem Herrlichen, was geschrieben und gedruckt worden ist, kannst Du Bestz nehmen, kannst wunderbare Bilder beschauen! Versuche es nur!

Und wenn Du Langeweile hast — ei, es muß nicht immer gleich gelesen werden! Halte Dich zu Deinesgleichen, sei auch nicht faul und halte Dich für fabe Gesellschaft zu gut. Sei kein Quäntchen, wage wie ein kräftiges Wort auch ein kräftiges Spiel, auf daß Du selber kräftig und gewandt verdest. Sei, wenn Du jung bist, auch wirklich jung und kein Mämmelkreis, getraue Dich, froh und frisch zu sein. Denke aber nicht, daß Du alles das werden kannst, wenn Du immer über fragwürdigen Büchern hockst und Dir mit schlechten Romanen den Kopf verwirrst. Ein gutes Buch sollst Du lesen lernen, aber Du mußt auch mit Deinen beweglichen Gliedern umzugehen wissen. Wandre, turne, baue, singe, bilde Dich in Deinem Berufe weiter, dann bis Du ein fester Kerl, und ich kann wohl Respekt vor Dir haben.

Nur die Dummen sind es, die ihre Groschen dem reichen Manne mit den bunten Heften zum Opfer bringen.

Und zu diesen Dummen willst Du doch nicht gehören, die läppisch in die Schlinge laufen, die der reiche Mann und seine Helfer mit ihrem verächtlichen Bücherhandel gestellt haben. Sicher wirst Du niemals auch nur einen Pfennig zahlen dem reichen Manne und seinen Helfern, denen, die mit solchen bunten Heften wie: Nic Carter, Buffalo Bill, Sherlock Holmes usw. handeln. Hüte Dich auch vor den Büchern, die Dich als Hurrafanille behandeln und Dich mit dem widerlichen Nordpatriotismus beudeln; Patriotismus ist das gar nicht. Du wirst gescheiter sein und wirst Dein Geld besser anzulegen wissen.

Dies diese Zeilen morgen noch einmal recht aufmerksam, dann wirst Du schon besser begreifen, was ich gemeint habe.

Ein Freund der Menschen, der auch Dein Freund ist.

### „Die verrückte Wirtschaftsordnung“.

Unter diesem Titel leistet sich die „Deutsche Arbeiterzeitung“ eine Kritik des Lesestoffs im „Vereinsanzeiger“. — Bemerkenswert ist hierbei, daß diese Kritik nicht etwa eigenes Produkt der betreffenden Zeitung ist; es scheint vielmehr, daß der Stoff aus einem Winkelblätchen der wohlwolligen Meisterzeitung unseres Malerberufs stammt. Dies soll uns indes nicht hindern, der „Deutschen Arbeiterzeitung“ eine Quittung bezüglich des ominösen Nachwerks zu erteilen. Stolz braucht der Redakteur der „Deutschen Arbeiterzeitung“ auf den Abdruck dieses Nachwerks grade nicht zu sein, denn es handelt sich hier jedenfalls um den Herzenserguß eines jungen Anfängers auf sozialpolitischem Gebiet, eines „Gelbschnabels“, der mit den heutigen Zuständen noch unbekannt, sein Viehchen hinauspeift in den Wälderwald, unbekümmert um des Kopfschütteln derer, die bereits etwas mehr gelernt haben, als Klumperhaft das alte Lied von der „Harmonie der Interessen“ nachzupfeifen. Ein reifer, erfahrener Sozialpolitiker kann solchen Witsinn nicht zutage fördern, es sei denn, daß er auf die Dummheit der Massen spekulierend seinen Vers herlegt, um sie zu übertölpeln. Nach dieser Richtung hin hat sich der Verfasser des besagten Artikels das größtmögliche geleistet. Was beweist denn die Lamentation bezüglich der Einschränkung der Arbeitsleistung zugunsten der Arbeitslosen; sie bemerkt einfach, daß der Verfasser unser Gegner ist, aber mit ungeheuren Waffen seine Position verteidigt. Ebenjot wie die Unternehmer das Recht der Aussperrung für sich in Anspruch nehmen, was jetzt wieder Schweden zeigt, ebenjot nimmt die Arbeiterzeitung das Recht der Arbeitsniederlegung für sich in Anspruch. Ebenjot wie der Unternehmer für seinen Tagelohn möglichst viel Arbeitsleistung zu erpressen sucht, ebenjot wehrt sich die Arbeiterzeitung hiergegen; nicht nur im Interesse der unbeschäftigten Kollegen, sondern auch im Interesse der Gesunderhaltung. Eine intensive Arbeitsanstrengung mit Ueberstunden in der Zeit der Saison ist keineswegs dazu angetan, gesundheitslich auf den Arbeiter einzuwirken; wenn es auch für den Geldbeutel des Unternehmers von Vorteil ist. Es stehen sich hier immer entgegengesetzte Interessen gegenüber, wie überall in unserm heutigen Wirtschaftsleben. Wenn wir nun darauf hin zu wirken suchen, daß die Arbeitsleistung im Zeitlohn möglichst eingeschränkt wird, so tun wir nur daselbe, wie der Unternehmer, welcher wünscht, daß im Zeitlohn möglichst viel geleistet wird. Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, die Not des um seine Existenz kämpfenden Proletariats kommt für den Unternehmer hierbei gar nicht in Betracht. Sehr richtig sagten wir deshalb in unrer Nr. vom 10. Juli cr.: „Ohne Zweifel hat eine Gewerkschaft nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich außer um den Arbeitslohn und die Arbeitszeit auch um die Arbeitsintensivität zu kümmern und hier regelnd einzugreifen, wenn es das Interesse der Mitglieder erfordert.“ Und die von dem Artikelsschreiber angeführte Stelle aus unserm Artikel: „Mehr Statistik“ entspricht voll und ganz den Tatsachen. Die Verlängerung der Arbeitszeit schafft in der Tat für die Masse eine verminderte Arbeitsgelegenheit. Es ist doch klar, daß dort, wo 8 Arbeiter 12 Stunden täglich arbeiten, bei 8tündiger Arbeitszeit 12 Arbeiter Beschäftigung haben, die Arbeitslosigkeit also gemindert wird. Daß dem Unternehmertum an einer Verminderung der Arbeitslosigkeit nichts gelegen ist, das wissen wir recht gut; uns ist jedoch umsonst daran gelegen, weil jedem Menschen, der gesunde Hände hat, auch die Gelegenheit zur Betätigung derselben garantiert sein sollte; wenigstens in einem Kulturstaate, in dem keine „verrückte Weltordnung“ herrscht. Was die „Lafschmichelei“ bezüglich der Arbeitslust usw. anbelangt, so gehört doch eine gute Portion Witsinn dazu, wenn jemand tagtäglich 10 bis 12 Stunden auf der Leiter oder der Pfähle steht und pinfelt, er dies zu den Annehmlichkeiten des Lebens zählen sollte; zumal wenn solche Arbeitsleistung es nur ermöglicht, das nackte Leben zu fristen. Arbeitslust kann nur der empfinden, dessen Arbeit ihm die Früchte derselben auch unverkümmert gemessen läßt. Bei dem, der nur von der Hand in den Mund lebt, dessen Arbeit ihn nur vor dem Verhungern schützt, bei dem kann nur von „Arbeitszwang“ die Rede sein. Wenn der Arbeiter solche Zwangsarbeit möglichst einzuschränken sucht — wer will ihm das verdenken. Das war schon früher so, daß der Mensch mit möglichst geringer Aufwendung von Zeit und Mühe seine Lebensbedürfnisse zu befriedigen suchte — die großen Herren huldigen ja demselben Prinzip. Also: gemächliche Arbeit, kurze Arbeitszeit bei möglichst hohem Lohn, das wird unser Ideal bleiben; wir erreichen hierdurch nicht nur eine Verminderung der industriellen Reservearmee, wir gewinnen auch Zeit und Mühe zur Pflege unrer Gesundheit und zur Pflege des Familienlebens. Wenn der Verfasser der „verrückten Weltordnung“ nun von einer „schiefen Ebene“ spricht, auf welcher die Gewerkschaftsbewegung, speziell unser „Vereinsanzeiger“, angelangt ist, so spricht dies nur dafür, daß dieser Herr wie man zu sagen pflegt „schief gewickelt“ ist, infolgedessen bei ihm alles „schief“ geht. Dies zeigt namentlich seine Kritik unseres Artikels: „Gütert Euch vor Ueberproduktion.“ Mit vollen Waden stößt der „Roland der Arbeiterzeitung“ hier in sein Horn, aber es kommt nur ein jämmerliches „Geguarre“ heraus, mit dem er keinen Hund hinter dem Ofen hervorholen kann, geschweige denn unsern Artikel zu widerlegen. Wer einigermaßen in wirtschaftlichen Dingen erfahren ist, der muß zugeben, daß unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen jegliche Ueberproduktion schädigend auf den Produzenten wirkt. Der Preis der Ware sinkt. Dies gilt auch von der Ueberproduktion lebender Wesen. Die Idee ist also gar nicht so verrückt, die darauf hinausläuft, wenig Kinder zu haben. Diese Idee ist auch nicht neu, wie die dieses Thema berührenden Fachschriften beweisen. In Frankreich, in Holland und auch sonst in Ländern, deren Bevölkerung nur eine unbedeutende Zunahme der Bevölkerung zeigt, ist das sogenannte „Zweikindersystem“ schon längst zur Geltung gekommen, um der Verarmung und der Verelendung der besitzlosen Klassen, namentlich der Landbevölkerung, vorzubeugen. Sollte es denn wirklich Zufall sein, daß die reichen Leute die wenigsten — die armen Leute die meisten Kinder haben? — Sollte man hierüber nicht nachdenken? Wenn wir gesagt haben: die Lösung der sozialen Frage ist durch die Befolgung der Maßnah-

sehen Theorie nicht möglich, wenn wir hierbei das Beispiel Irlands anführen, wo trotz der Verminderung der Bevölkerung die Armut nicht behoben wurde, so lag das eben daran, daß zwar der allgemeine Bevölkerungsstand sich verringerte, nicht aber die Populanz der einzelnen Familien. Wenn auch der Sozialpolitiker Henri George in seinem Buche „Fortschritt und Armut“ die Malthusische Theorie bekämpft, indem er nachweist, daß die bis auf 2 Millionen Köpfe verringerte Bevölkerung Irlands ebenso gehungert hat, als vordem die größere Bevölkerung von 8 Millionen Köpfen, so trifft das zu. Damit ist aber noch lange nicht gesagt, daß ein Wohlstand des Proletariats erzeugt wird, wenn ins Geleche hinein Kinder in die Welt gesetzt werden, die zunächst von den Erzeugern ernährt werden müssen; die dann später, wenn sie eben flügge geworden, durch ihre Arbeit (Kinderarbeit) den Erwachsenen, namentlich ihren eigenen Erzeugern, Konkurrenz machen, indem sie als billige Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt erscheinen. Dieser Umstand kommt für die Bedeutung des Wohnungsbaus: „Hütet Euch vor der Ueberproduktion!“ in Betracht; denn, da die Arbeitskraft von dem Unternehmer als Ware betrachtet wird, so muß der Preis dieser Ware sinken, sobald sie im Ueberfluß angeboten wird. Was den Ausdruck „Ueberproduktion“ in bezug auf das planlose „Kinder in die Welt setzen“ seitens der Arbeiterschaft anbelangt, so ist dieser dadurch gerechtfertigt, daß der Arbeiter für das Unternehmertum — gleich dem ehemaligen Negersklaven — nur als Ware gilt. Der Verfasser des Artikels „Die verrückte Wirtschaftsordnung“ bezeichnet es als unbillig, wenn man die Fortpflanzung der Geschöpfe als Produktionsgeschäft betrachtet, wenn man von einer Produktion von „Menschenfleisch“ spricht; er bezeichnet es ferner als unbillig, „wenn man aus Haß gegen das Unternehmertum darauf ausgeht, die Arbeiterschaft durch Verminderung der Geburten zu reduzieren“. Das ist allerdings schrecklich — ein Kapitalverbrechen gegen die durch die heutige „verrückte Wirtschaftsordnung“ geheiligten Kapitalisten. Wenn der Kritiker unserer Artikel aber hier von Unbilligkeit spricht, so meinen wir: es ist jedenfalls billiger, wenig Kinder haben und diese zu nützlichen Menschen zu erziehen, als duldungsweise Kinder in die Welt setzen, die später im Glend verkommen oder das Verbrecheralbum zieren. Wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, unsere Genossen auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die ihre Existenz bedrohen, dadurch, daß sie sich nicht selbst schützen. Aus vollem Sittlichkeitsbewußtsein rufen wir unsern Genossen daher die Worte Mantegozzas zu: „Habt wenig Kinder, aber in diese giebt den Schwab eurer Liebe und eurer Kraft aus und gebt dem Staate starke und gebildete Bürger!“ — Wir lassen uns hier durchaus keinen „Mumpst“ vormachen in bezug auf Sittlichkeit, am allerwenigsten von einem kapitalistischen Goldschreiber, welcher den frommen Wunsch hegt, daß der Arbeiter, seinem tierischen Instinkt folgend, Nachkommenschaft in die Welt setzen soll als Ausbeutungsobjekt kapitalistischer Unternehmer. Wir verlangen hier auch nichts Unmögliches. Der mit Verstand und Vernunft begabte Mensch hat es sehr wohl in der Hand, bezüglich seiner Nachkommenschaft regelnd einzugreifen, ohne auf den Reiz des Lebens verzichten zu müssen. Sittlich verkommene Menschen machen sich allerdings keine trüben Gedanken über die Zukunft, der Schnaps und das Weib verfallen ihnen die Gegenwart und ihr Stolz besteht darin, daß sie gleich einem „Karnickelbock“ ihre Schuldbiligkeit getan. Die Sorge für die Folgen ihres „Karnickelmäßigern Vergnügens“ überlassen sie schließlich der Armenfürsorge; denn selbst können sie nicht so viel verdienen, um die Mäuler alle zu stopfen. Anders denkt hierüber der gestützte Mensch, er fühlt, daß er Verpflichtungen gegen seine Kinder hat; je weniger Kinder, je weniger Pflichten! Darin muß uns jeder verständige Mensch selbst wenn er nicht zur Arbeiterschaft gehört, recht geben — wenig Kinder haben ist ein wirtschaftlicher Vorteil innerhalb dieser „verrückten Wirtschaftsordnung“.

lernen, auftauchende Differenzpunkte durch Tarif- und Schiedsverträge zu schlichten und vor allem über der Wahrung der berechtigten Sonderinteressen das Allgemeinwohl nicht vergessen. Er hoffe, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen Ersprießliches herauskomme. Insbesondere solle man sich berechtigten Forderungen der Arbeiter gegenüber nicht strikt ablehnend verhalten.

Nach diesen, besonders aus dem Munde eines Vertreters der sächsischen Regierung ganz vernünftig klingenden Worten und nach einer Serie weiterer Begründungsreden sprach Gausvorsitzender Stolz-München über: „Warum organisieren wir uns? Nebenher erklärte: Im heutigen Wirtschaftskampfe werden die Arbeitgeber zerrieben und zermalmt werden, wenn sie sich nicht ebenso kräftig organisieren wie die Gehülften. Gegenseitiger Haß würde zur Schwächung und Vernichtung führen; im Zusammenschluß müsse das Sonderinteresse dem Gesamtinteresse untergeordnet werden. Das Hauptinteresse des Malerstandes sei, für seine Arbeit entsprechende Preise zu erhalten. Das sei freilich wohl überall noch ein frommer Wunsch. Vielfach liege dies aber noch an den Kollegen selbst, und zwar seien es meist jüngere Firmen, die preisdrückend wirkten, weil sie ihre Angebote nicht richtig kalkulierten; sie übersehen zum Teil, daß Geschäftskosten entstehen und daß doch auch ein Verdienst übrig bleiben müsse. Diese Preisdrückerei und Schmutzkonkurrenz zu bekämpfen, sei die Aufgabe der örtlichen Organisationen. Ein Mißstand sei ferner, daß an vielen Orten die Kollegen von den Behörden drangaliert würden, indem diese bei den Arbeiten Bedingungen stellten, die für den angelegten Preis nicht erfüllt werden könnten. Früher, als es noch an einer größeren und straffen Organisation der Malermeister fehlte, seien die letzten ein Spielball in den Händen der Gehülftenorganisationen gewesen. Seit zwei Jahren, seit der Gründung des Hauptverbandes der Arbeitgeber im Malergewerbe zu Hannover, sei dies schon etwas anders geworden. In vielen Teilen Deutschlands seien bereits Tarife eingeführt, und was schon angefangen, solle im kommenden Herbst bei der Revision des Tarifs durchgeführt werden. Hoffentlich werde es mit der zentralisierten Gehülftenorganisation gelingen, einen Reichstarif durchzuführen, wie ihn jetzt schon die Buchdrucker hätten. Vorzugehen sei weiter die Einführung eines Tarifamts auf paritätischer Grundlage zur Beilegung von Lohnunterschieden und anderen Streitigkeiten. Wir brauchen jetzt nicht mehr zu tun, was den Gehülften beliebt, jetzt sind wir stark genug, ungerechtfertigte Forderungen der Gehülften zurückzuweisen. In wenigen Monaten beginnen die Tarifverhandlungen. Schon jetzt sei bekannt, daß Lohnforderungen gestellt werden würden, die als ganz unannehmbar bezeichnet werden müssen. Unangenehme Tage dürften es allerdings nicht sein, die der Hauptvorstand bei den Tarifverhandlungen durchzumachen haben werde. Welche Taktik dabei eingeschlagen wird, wolle er natürlich jetzt nicht verraten, nur so viel könne er sagen, daß der Kriegsplan vom Hauptvorstand fix und fertig entworfen ist, so daß man versichert sein dürfte, daß die Verhandlungen im Sinne der Meister durchgeführt werden. Die Gehülften werde sich darauf beschränken müssen, das Bestehende zu erhalten, der Arbeitgeber-Verband sei so stark, daß die Gehülften neue Forderungen nicht durchdrücken werden. (?) Lohnverhöhungen seien jedenfalls unannehmbar. Ein sehr großer Erfolg sei, daß der Hauptverband jetzt auch von der Gehülftenchaft als gleichberechtigter Faktor anerkannt werde.

Herr Kruse, als zweiter Referent, äußerte sich ähnlich, machte nur etwas mehr in Sozialistenhaß, denn so erzielte Effekte würden unbedeutend und haben den Vorzug, recht billig zu sein. Wir müssen es ablehnen, rief er mit Pathos, bei den Tarifverhandlungen die sozialdemokratische Organisation heranzugreifen, obwohl sie die stärkste ist. Wir können künftig nicht mehr die christlichen und Hirsch-Dunkerischen ausschließen, wenn wir einen Reichstarif anstreben. Was müßte auch sonst die Regierung von uns denken. Mit diesem, eine gewisse Unbilligkeit verratenden und wie ein Eingeständnis der eigenen Schwäche anmutenden Neben um die Hilfe der beiden Bzwerggebilde und um die Günst der Regierung wirkte es recht unnatürlich, als er ausrief: Bei den künftigen Beratungen werden wir uns nicht ein Jota von dem nehmen lassen, was wir bei den letzten Verhandlungen erreicht haben. Die heutige Konjunktur zwingt uns, bei Gewährung eines bestimmten Lohnes eine bestimmte Arbeitsleistung zu verlangen. Und da sei es bisher gerade immer die „sozialdemokratische“ Organisation gewesen, die sich geweigert habe, einen Leistungsstarif einzuführen. Darauf müssen wir jetzt aber unbedingt bestehen, der neue Tarif steht und fällt mit der Leistungsklausel! Im weiteren teilte der Redner mit, daß auch Verhandlungen im Gange seien wegen Bildung eines Kartells mit den Arbeitgeber-Verbänden im Baugewerbe. Wir stehen augenblicklich in einer ersten Zeit; wie wir uns verhalten werden, hängt ganz von der Taktik der Gehülften ab. (11)

Natürlich entfehlten diese Reden, besonders wenn von dem Festhalten an den bisherigen Verhältnissen, dem Zurückweisen von Lohnforderungen der „sozialdemokratischen Organisation“ und dem Bösen Vereinsangehöriger die Rede war, immer lebhaften Beifall.

In der Debatte sprach im Sinne der Referenten eine größere Anzahl Redner, so Hertel-Regensburg, Hrl-Erding, Urbanisch-München und Grohmann-Hannover. Salomon-Elberfeld erklärte, wenn die Soldaten, wie das viel vorkomme, Zeit zu Unruhearbeiten frei hätten, so könne auch die einjährige Dienstzeit eingeführt werden. Er verspricht sich von der Mindestleistung die Hebung des ganzen Handwerks. Recht pessimistisch schien Hansen-Piel gestimmt. Er hielt den Hauptverband der Arbeitgeber noch lange nicht für stark genug, um bei einem Lohnkampfe mit Sicherheit auf einen Sieg rechnen zu können. Die Meisten seien heute noch machtlos und deshalb empfehle sich der Beitritt zu Streikverfehrungsgesellschaften. Im übrigen hoffte er viel von der Konjunktur.

Ein Redner wandte sich sehr eindrucksvoll dagegen, daß man immer von einem fertigen Kriegsplan und Generalaushebung und dann im selben Atemzuge von friedlicher Einigung rede. Dieses widersprüchliche Gebaren sei ganz und gar nicht angebracht.

Den Rednern, die sich herausgenommen, ihren Beifall Ausdruck zu geben, wurde von Stolz und Kruse gründlich heimgeleuchtet. Es sei bedauerlich, daß aus den eigenen Reihen bezügliche Unternehmungen kämen. Man fühle sich im Gegenteil so stark, daß man dem freien Gehülftenverbände (mit den Christen und Hirschen glaubt man nichts zu tun zu kriegen) erfolgreich entgegenzutreten zu können. Man stehe auch finanziell viel kräftiger (mit 6000 Mk. Vermögen?) als die Gehülften da. Der Arbeitgeberverband zahle 50 Millionen an Löhnen, während die Zahl der organisierten Gehülften 32 000 mit einem Gehalt von 1100 bis 1200 Mk. (!?) betrage.

Gegenüber dieser wunderbaren Beweisführung war natürlich alles stumm, denn wer hätte es auch wagen wollen, in dieser auf Effekt gestimmten Versammlung Herrn Kruse ins Gesicht zu sagen, daß es nicht auf die organisierte Lohnsumme, sondern auf die allgemein recht spärlich fließenden Beiträge ankommt und daß der Gehülftenverband allein rund 40 000 Mitglieder und ein Vermögen von 800 000 Mk. hat. In der geheim geführten Verhandlung war man bedeutend offener und machte gar kein Hehl daraus, daß Herr Hansen ganz recht, aber nur vergessen habe, daß seine Ausführungen sich für die öffentlichen Verhandlungen nicht eigneten.

Darauf wurde über: Neue Erfindungen und Erfahrungen im Malergewerbe vom Malermeister Kleinknecht (München) referiert. Er empfahl besonders das Unternehmen des deutschen Farbenbuches. Ferner solle sich jeder Maler eingehend mit seinem Material beschäftigen und sich einige chemische Kenntnisse aneignen.

Sodann sprach der Chemiker Mandes (Wien) speziell über das für die Lackierer so wichtige Terpentinöl und seine Erzeugnisse. Es gelte fast mehr als 400 Jahren als bestes Lösungsmittel für Harze zur Herstellung von Lack aller Art und allerorts habe man Terpentinöl für unentbehrlich. Da aber schon seit Jahren eine große Vertenerung des Terpentinöls eingetreten sei, habe man sich nach Ersatzmitteln umgesehen, die sich aber alle als unzulänglich erwiesen hätten. In neuerer Zeit erst sei es der deutschen Chemie gelungen, im Sengajol ein Ersatzmittel zu finden, welches geeignet sei, das teure Terpentinöl völlig zu verdrängen. — Vielen Ausführungen schloß sich Prof. Dr. Eibner (München), der Vorsitzende der Farbenbuchkommission, im allgemeinen an. Die Lösbarkeit des Sengajols sei fast genau dieselbe, wie die des Terpentinöls und viel größer als die der bisher verwendeten Benzine. Die Lacke trocknen rascher und ihr Glanz sei der gleiche, wie beim Terpentinöl.

Der geplante Vortrag des Gausvorsitzenden Schulz (Leipzig) mußte wegen Erkrankung des Referenten ausfallen. Er wurde später wegen angegriffener Gesundheit von seinem Posten befreit und zum Ehrenvorsitzenden mit Sitz und Stimme gewählt.

Am zweiten Verhandlungstage sprach der wegen seiner arbeiterfeindlichen Gesinnung bekannte freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Mugdan über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Er betonte, daß die Arbeitgeberverbände im Tarifvertrag das beste Mittel erblickten, um aus den wirtschaftlichen Kämpfen herauszukommen, sie auch das größte Interesse daran hätten, daß den Berufsvereinen, den gewerkschaftlichen Organisationen die Rechtsfähigkeit verliehen werde, und zwar deshalb, weil dann die Arbeitgeberverbände für Einhaltung der Tarifverträge auch vermögensrechtlich gesichert sind. (Die Gewerkschaften aber auch.) Je mehr ein Berufsverein zu verlieren habe, um so mehr werde er sich überlegen, ob er in einen Streik eintreten soll, ob er zu einem Tarifbrüche schreiten soll, da er unter Umständen sein ganzes Vermögen, die Ersparnisse vieler Jahre verlieren könne. Er empfahl folgende Resolution zur Annahme:

„Der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe ersucht den Bundesrat, möglichst bald dem Reichstage einen Gesetzentwurf über die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine, in dem die Haftbarkeit der Vereine für Schäden, die sie selbst oder ihre Mitglieder insbesondere durch Tarifvertragsverletzungen verursachen, ausgesprochen wird, zur Beschlussfassung vorzulegen.“

In der Debatte stimmte Herr Hansen (Hamburg) dem Referenten zu. Man müsse auf Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine dringen, weil wir auf korrekte Durchführung der Tarifverträge setzen müssen. Der Vertragsbruch müsse mit Entschädigung in harter Mänze bestraft werden. (Da würden die Unternehmer schlecht megalommen.) Die Gefahr, daß es auf Seiten der Gehülftenchaft zu Vertragsbrüchen kommen könne, sei besonders groß (??), wenn nach Abschluß des neuen Tarifvertrags eine längere Periode des Waffentillstandes eintrete und die Kassen der Gewerkschaften sich füllen. Dann könnte leicht der Fall eintreten, daß der Uebermut der Gehülftenchaft keine Grenzen kenne, daß sie trotz des Tarifvertrags zum Streik schreite und somit das ganze Gewerbe schwer schädige. Dem könne eben nur durch Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine ein Mittel vorgegeben werden. — Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Schiefer konnte man die Tatsachen nicht beleuchten, wie hier durch den famosen Dr. Mugdan, den grimmigen Feind der Organisationen der aufstrebenden Arbeiterschaft im Verein mit Herrn Hansen geschehen. Viel nötiger wie Maßregeln gegen Tarifbrüche durch die Gewerkschaften, die bisher nur tariftreu waren, sind Maßregeln gegen die massenhaft vorliegenden Tarifbrüche des Unternehmertums. Und da ist gerade Herr Hansen, unter dessen Führerschaft schon zweimal Tarife in offenkundigster Weise gebrochen wurden, die alleringeignetste Person, den Gehülften Moral zu predigen und die Geschwätzmaschine gegen diese in Bewegung setzen zu wollen. Vielleicht rechnet er damit, daß Tarifbruch wie andere Vergehen, besonders bei wirtschaftlichen Kämpfen nur bestraft werden, wenn er nicht von Unternehmern begangen wird. Vielleicht würde sich aber, wenn man das Recht nicht willkürlich beugt, die jetzt herbeigewünschten Gesetze am meisten gegen ihre Urheber wenden, während den Gewerkschaften das Recht gegeben wäre, ihre Weiträge zwangsweise einzutreiben, was ihnen jetzt noch nicht möglich ist.

Darauf referierte Reichstagsabgeordneter Fri über die neue Reichsverföhrungsordnung. Er wandte sich gegen neue Lasten, die man den so schon gedrückten Meistern aufbürden möchte. Man will eine die Wünsche der Malermeister enthaltende Denkschrift an die Regierung senden.

Nachdem hant noch Hansen (Dresden) über Mittel und Wege zur Hebung unfres Berufes gesprochen

### Lohnbewegung.

Auzug ist fernzuhalten nach: Amshorn und Schneidemühl.

### Aus unserm Berufe.

Malertag und Hauptversammlung des Maler-Arbeitgeberverbandes vom 8. bis 11. August in Dresden.

Etwa 400 Malermeister waren nach Dresden gekommen, um auf der diesjährigen Tagung des Arbeitgeberverbandes insbesondere über die bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen einschlagende Taktik zu beraten. Humeist hat man hinter verschlossenen Türen getagt, wobei man jedoch nicht verhindern konnte, daß die Öffentlichkeit davon erfuhre.

Die eigentliche Tagung, der eine Vorstandssitzung und ein Begrüßungsabend vorausgingen, wurde am 8. August vom früheren Malermeister Rosenbaum-Dresden durch die übliche Begrüßungsrede an die erschienenen Vertreter der Staats- und städtischen Behörden, verschiedener Gewerbetammern, der österreichischen Malermeister usw. eingeleitet.

Der Vertreter der sächsischen Regierung hieß den Malertag und die Hauptversammlung willkommen. Wo das Handwerk zu wichtigen Beratungen zusammenträte, werde es stets die Regierung an seiner Seite finden, die sich bemühe, sich die so notwendige Fühlung mit der Praxis des Handwerks zu erhalten, und zu erfahren, wo etwa das Bedürfnis des Standes eine weitere Hilfe des Staates erfordere. Gerade das Malergewerbe habe jetzt eine Zeit der Bedrängnis durchzumachen, da die herrschende Geschmacksrichtung im Kunstgewerbe eine Betätigung der Zimmer- und Saalmalerei nicht besonders begünstige. Der für das Gewerbe in Sachsen vorhandene Pwemillionsfonds komme gerade dem Malergewerbe verhältnismäßig wenig zugute, da er vor allem zur Anschaffung von Maschinen usw. bestimmt sei. So bleibe zur Hebung des Malerstandes einmal die möglichst vielseitige Ausbildung des Nachwuchses und andererseits der Zusammenschluß zu Organisationen. Es könne gesagt werden, daß die Organisationen der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer sich als erprießliche, gegenseitige Ergänzung zur Förderung des gewerblichen Lebens betätigen können, wenn sie in voller Achtung der Heiderseitigen Existenzberechtigung ihre Hauptaufgabe nicht darin finden, sich gegenseitig zu vernichten, sondern darin, sich verstehen zu

und besonders für die Kontrolle durch Sachverständige bei Vergabung und Ausführung von Submissionsarbeiten eingetreten war, wie das in Dresden schon gehandhabt werde, und der Vorstand entlastet worden war, wurden einzelne Anträge verhandelt.

Hierbei wurde ein Antrag des Gaus 3, der die Geschäftsordnung für Gau-Tarifämter und das Haupt-Tarifamt so geändert wissen will, daß sie nicht zu hohe Kosten verursache und Gehilfen (worumunter das Bestreben zu verstehen ist, den Tarifen eine strikte Durchführung zu sichern) entgegenwirke, einstimmig angenommen. (Auf der einen Seite Gehege gegen angeblich tarifbrechende Gehilfen, auf der andern Seite Maßnahmen gegen eine zu strenge Durchführung der Tarife, wenn sie von Unternehmern gebrochen oder umgangen werden; fürwahr ein Spiel, dem schon entgegengetreten werden und das dem letzten unorganisierten Gehilfen die Augen öffnen wird.)

Eine Einschränkung der Delegierten wurde abgelehnt, dagegen unter allgemeiner Zustimmung ein Antrag zur Angewohnheit, wonach in Rücksicht auf die Arbeiten der Versammlung und den Gehalt der Delegierten bei späteren Zusammenkünften das Vergütungsprogramm stark eingeschränkt werden soll. — Ein Begrüßungsabend, zwei Anschläge, ein Festessen im feinsten Etablissement Dresdens, ferner Ausstellungsbesuch mit Rendezvous im Vergnügungspark, das war manchem hieheren Malermeister, der gründliche Verhandlungen erwartet hatte, doch über die Schnur gegangen.

Ein Antrag, die Anstellung einer bezahlten Agitationskraft vorzunehmen, wurde zurückgezogen.

Die heftige Fehde zwischen Krufe und der Stettiner Malerinnung, wodurch bekanntlich u. a. photographisch festgestellt wurde, wie mangelhaft in Berlin die Gerüste bei Fassadenarbeiten sind, wurde durch eine Kommission erledigt.

Nachdem dann noch Herr Stolz darüber geredet hatte, wie er sich die Erledigung der Tarifverhandlungen ungefähr denkt und daß sie bis 15. Dezember d. J. beendet sein müßten, wozu bis Anfang Oktober bezügliche Fragebogen abgegeben sein müßten und ein Referat über einseitliche Vermögensarten entgegengenommen war, wurden die im Automobiltempo in Rücksicht auf das Vergütungsprogramm beschleunigten öffentlichen Verhandlungen geschlossen. Ueber die nun folgenden nichtöffentlichen Beratungen wollen wir vorläufig an dieser Stelle schweigen. Nur so viel sei bemerkt, daß bei der Debatte über die geplante Generalausperrung allgemein zum Ausdruck kam, daß diese ein Agitations- und Kampfmittel (!!!) sei. Ein Vorstandsmittglied drückte die Hoffnung aus, daß wohl schon die Drohung genügen würde, die begehrliche Gehilfenschaft gefügig zu machen. (Vielleicht täuscht sich dieser Herr ein wenig und sieht noch ein, daß solches Säbelraseln niemand ernst nimmt.)

Am Abend des 9. August gab es ein großes Festessen, wobei die armen bedrückten Malermeister dem Nebenast nicht wenig zusprachen, wahrscheinlich um zu beweisen, daß Lohnforderungen der Gehilfen unberechtigt sind. Am Dienstag den 10. August fand ein Ausflug per Dampfer in die schiffliche Schweiz statt. Auf der Rückreise gab es verschiedene Ueberraschungen; u. a. wurden an der nach der Elbe gelegenen großen Front der Irrenanstalt Sonnenstein bei Wernitz riesengroße Schattenbilder aufgeführt, die einen Malergehilfen auf der Leiter bei der Arbeit darstellten, der offenbar bemüht war, die Mindestleistung zu vollbringen. Warum man dieses Bild gerade an die Wand der Irrenanstalt zauberte, soll diesen Meistern unverständlich geblieben sein, während wir es als ganz sinnreich fanden.

Alles in allem schien uns, als hätten die recht, die schon immer gesagt haben, daß die Gehilfenschaft dem Kommenden, wenn sie sich immer so weiter organisiert wie bisher und ihre ganze Kraft der Weiterentwicklung ihrer Existenzbedingungen und ihres kulturellen Aufstieges widmet, ruhig entgegensehen kann.

So gefiel uns auch der Refrain von dem poetischen „reichen“ Tafellied beim Festessen, in dem es hieß: „Ja, alle alle Maler pfeifen, pfi-u-hi-fi-sigfi-u-hi-fi!“

Und so pfeifen auch wir . . . . .

### Gewerkschaftliches und Soziales.

Die Ausperrung in Hamburger Baugewerbe dauert fort. Die Einigungsverhandlungen sind gescheitert. Die Vertreter der Unternehmer haben es abgelehnt, Zugeständnisse zu machen. Sie haben selbst das bei den letzten Verhandlungen in Aussicht gestellte Entgegenkommen wieder aufgegeben und von vornherein erklärt, daß sie zur Abgabe von Verpflichtungen, auf Grund deren die Verhandlungen weitergeführt werden könnten, nicht ermächtigt seien. Erst nach längerem Bemühen des Vorsitzenden des Einigungsamtes ließen sich die Unternehmer zu der Erklärung herbei, daß sie, falls die Arbeit jetzt zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen würde, dafür eintreten wollten, daß vom 1. April 1910 ab eine Lohn-erhöhung um 3 % pro Stunde für alle Bauberufe, mit Ausnahme der Stukkateure, Gipser und Plattenanleger, eintreten sollte und eine weitere Erhöhung um 2 % vom 1. April 1912 ab; die Bewilligung dieser „Zugeständnisse“ sollte jedoch davon abhängig gemacht werden, daß erstens ein allgemeiner Tarifabschluß zustande komme und zweitens Stukkateure, Gipser und Plattenanleger während der drei Jahre keinerlei Forderungen stellen.

Die Vertreter der Arbeiter konnten hierauf nur antworten, daß sie zu diesen Vorschlägen, die noch nicht einmal das erfüllen, was die Verhandlungen der vorigen Woche erhofft ließen, keine Erklärung abzugeben hätten. Nachdem dann die Vertreter der Unternehmer nochmals erklärt hatten, daß sie mit weiteren Einigungsvorschlägen nicht beauftragt seien, wurde die Verhandlung ergebnislos abgebrochen.

Der Kampf geht also weiter! Daß es sich nicht mehr bloß darum dreht, ob die fünf Pfennige Lohnerhöhung im nächsten Jahre oder erst in drei Jahren vollstän- dig in Kraft treten wird, nun ohne weiteres klar. Der Widerstand der Unternehmer ist offenbar bestärkt durch Einflüsse der Scharmachzentrale, die damit das Signal geben will für die bevorstehenden Kämpfe um den Tarifvertrag im Reich, der mit Ende März nächsten Jahres abläuft. Vertreter des Vorstandes des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe sind am Sonntag in Hamburg gewesen, um die Hamburger Unternehmer vom Friedensschlusse abzuhalten und sie auf den heute vertretenen ablehnenden Standpunkt festzulegen.

Ein Spiegel für die Herren Lokalisten. Ein lokalistischer Zimmermann, der infolge der Hamburger Ausperrung nach Berlin gereist ist, schildert in der „Einigkeit“ seine Erfahrungen, die er unter seinen dortigen Lokalorganisierten Kollegen gemacht hat. Nachdem er sich über das Hasten, Würgen und Schinden an den Bauten entrüstet hat, macht er seinem Herzen in folgender Weise Luft: „Ich habe Gelegenheit genommen, eine Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins beizuwohnen, in der ein Antrag des Vorstandes, den Vertrag zu erhöhen, zur Debatte stand. Der Vorsitzende begründete meines Dafürhaltens sehr sachlich und zutreffend diesen Antrag, der auch von einer Anzahl Redner lebhaft unterstützt wurde. Die Gegner aber argumentierten in ihren Reden damit, daß ja noch Geld genug vorhanden sei, und bevor der alte „Mist“ nicht aufgebracht wäre, dürste neuer nicht hinzukommen. Komme Zeit, so komme auch Rat. Selbstverständlich fanden diese Reden bei der Mehrzahl der Anwesenden großen Beifall, waren diese doch dieselben Egoisten und Kleinigkeitskramer, wie die Redner. Hatte doch keiner der Gegner dieser notwendigen Maßnahme einen weiteren Blick, wie über seine eigne Nase hinaus, und nur im Ver- weisen auf Kleinigkeiten waren sie groß. Zukunft? was geht die uns an, wir leben nur für heute. Um den schlechten Eindruck zu verwischen, den die letzte Versammlung mit der Ablehnung der drei Extrarufen à M. 1 hinterlassen hatte, wurde ein Antrag angenommen, nach dem jedes Mitglied sechs solcher à 50 Pfg. zu Heben hat. Sehr nach Konsequenz riecht das gerade nicht. Ich habe mir die im Verein organisierten Berliner Zimmerer anders vorgestellt und dachte sie mir von Idealismus besetzt, und zur Beteiligung der Solidarität und zur Erhaltung ihrer eignen Organisation zu jedem Opfer bereit. Leider sehe ich mich bitter enttäuscht, und glaube die Wahrnehmung gemacht zu haben, daß der größte Teil der Mitglieder nur deshalb dem Verein angehört, weil hier niedrigere Beiträge gezahlt werden. Ich habe schon manchen Versammlungen beigewohnt, auch sehr stürmischen, aber so kleinlich und so von niederem Geiste durchweht, wie diese, noch nicht. Die Berliner Zimmerleute sind ver- feucht. So wie sie sich auf der Arbeitsstelle benehmen, so zeigen sie sich in ihren Versammlungen. Keine Kameradschaftlichkeit, keine Solidarität, keine Ideale.“

Wir haben diesem Selbstbekenntnis kein Wort hinzuzufügen, die Lokalisten in allen Branchen sind sich gleich wert.

Ein schlauer Trick eines Arbeiterfeindes. Der Vertreter der Gliederwerke in Hamburg, Wilhelm Willers, hat sich einen schlauen Schachzug ausgeklügelt, um die Arbeiterorganisationen lahmzulegen und gleichzeitig ein gutes Geschäft zu machen. Anlässlich der Ausperrung im Hamburger Baugewerbe hat er ein „streng vertrauliches“ Schreiben an die Unternehmer gerichtet, dem wir folgende Sätze entnehmen: „Der Lohnkampf im hiesigen Baugewerbe beweist durch seinen bisherigen Verlauf wieder, daß die Arbeitgeber, trotz ihrer tausendfach größ- teren Geldmittel, gegen die Arbeitnehmer die Schwächeren sind; auch selbst dann, wenn die Arbeitnehmer unterliegen sollten, so entsteht den Arbeitgebern ein nicht unbedeutender Verlust durch die lange Unterbrechung der Bautätigkeit. Diese ungünstige Stellung der Arbeitgeber erklärt sich durch den Umstand, daß die Arbeitnehmer straff or- ganisiert sind, daß einer für den andern eintritt, und vor allem dadurch, daß sie in Friedenszeiten sich schon einen Kampffonds sammeln. Ohne einen solchen geht es heute nicht; die moralische Macht reicht allein nicht mehr aus. Die Innungsmitglieder mögen noch so einmütig zusammenstehen, noch so treu an ihren Beschüssen halten: überschreitet die Arbeitseinstellung eine bestimmte Zeit- dauer oder werden zahlreiche Ausperrte durch Maurer- meister, die nicht den Innungen angehören, beschäftigt, wie das heute der Fall ist, und dadurch ihre Bestrebungen ge- lähmt, dann müssen die Innungen in den meisten Fällen nachgeben, weil sie es nicht verantworten können, daß die finanziell schwächeren Mitglieder materiell zugrunde ge- richtet werden. Folgen die Arbeitgeber nicht dem Beispiel der Arbeitnehmer, indem sie gleichfalls einen Kampffonds von genügender Höhe zusammenbringen, dann bleibt ihre Stellung unhaltbar. Geld ist Macht! Und im vor- liegenden Falle um so mehr, als nur auf diesem Wege eine Besserung der Zustände überhaupt denkbar ist. Man soll sich die Lage nur klar vor Augen führen. Wie will man den schwächeren Kollegen auf eine andre Weise vor dem durch die Sperre oder den Streik drohenden Vermögens- verfall schützen, ohne sein berechtigtes Ohrgefühl zu ver- nichten? Was die Zusammengehörigkeit in den Innungen noch so ausgebildet sein, mögen die Stärkeren auch bereit sein, den Schwächeren zu helfen, das eine ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß solche Hilfe immer den Anstrich des Almosens behält. Dieser Charakter ist nur dann ausge- schlossen, wenn jedes Innungsmittglied ein Recht auf Schadenersatz durch eine Arbeiterbewegung aus einem für diesen Zweck zusammengebrachten Fonds hat. Ueber die Möglichkeit und die Notwendigkeit einer solchen Kriegs- kasse brauche ich kein Wort zu verlieren. Es fragt sich nur, wie ein solcher Fonds am besten aufzubringen ist, ohne direkte persönliche Opfer zu fordern oder gegen das Gesetz zu verstoßen. Die Auflage von Innungs- beiträgen in dieser Höhe ist ausgeschlossen und für den vor- liegenden Zweck auch gesetzlich verboten.“

Der edle Menschenfreund Willers läßt es aber nicht bei seinem Mißgefühl bewenden, sondern er will auch dem Dalles der armen Unternehmer zu Hilfe kommen, indem er ihre Streikkasse füllt. Er macht nämlich folgendes An- erbieten: „Wir sind eben bereit, für jedes 1000 Steine, welche die Innungsmittglieder direkt oder durch die von uns anerkannten Händler beziehen, der Sperr- oder Streikkasse der Innung 50 Pfg. zu zahlen. Da wir über Biegeleiten mit einer Jahresleistung von rund 800 Milli- onen Steinen die Kontrolle haben und die Aufsicht besteht, daß in den nächsten Jahren der Hamburger Bedarf groß genug ist, um eine Vollbeschäftigung zu gestatten, so würden auf diese Weise rund 400 000 jährlich von uns gezahlt werden können; das sind für unsere fünfjährige Vertrags- dauer 2 Millionen Mark, zu denen noch etwa 1 200 000 Pfennig kommen würden. Damit läßt sich schon etwas Krieg führen und die Kenntnis eines solchen Hilfsfonds würde bei den Arbeitnehmern die Lust am Lohnkampf voraussicht- lich sehr einbäumen, denn der heutige Krieg wird nicht der

letzte sein, jede rege Bautätigkeit wird den Arbeitnehmern Anlaß geben, sich aufs neue mit den Meistern zu messen.“

Allerdings geht dieser Vorschlag nicht lediglich aus dem fühlenden Herzen der Herren Biegeleiter hervor, sondern das Geschäft soll ebenfalls dabei auf die Rechnung kommen. Denn es heißt weiter: „Als Äquivalent würden wir natürlich erwarten müssen, daß die Innungsmeister während der Vertragsdauer Steine nur von der Ver- kaufsgesellschaft oder von den von ihr anerkannten Händlern beziehen. Für diese Auflage würde die Ver- kaufsgesellschaft den Innungsmeistern einen Abschabatt bis zu 75 % pro 1000 Steine gegenüber dem gewöhnlichen Preise bewilligen. Ueber den Fonds sollen die Innungen volle Verfügungsfreiheit besitzen. Man hat in Inter- essentkreisen wohl die Ansicht ausgesprochen, daß trotz des Scheinbar von den Biegeleiten gebrachten Opfers es doch die Maurermeister seien, die das Geld in Wirklichkeit zu- sammenbringen würden. Diese Auffassung ist irrig! Selbstredend müssen wir die 50 Pfg. auf unsere Produktionskosten schlagen, aber sie treffen nicht den Maurermeister, sondern sie belasten sozusagen die Bauqualität als solche. Wenn in Hamburg nur Steine zu haben sind, die mit einer derartigen Abgabe belastet sind, dann wird und muß jeder Maurermeister damit in seinen Aufschlägen rechnen und werden die im Interesse ihres Gewerbes nötig werdende Preiserhöhungen in derselben Weise abwägen, wie die verschiedenen Gewerbe die neuen Steuern auf die Ver- braucher abschreiben werden. Nach allen Erfahrungen, die auf diesem Gebiete gemacht sind, ist dieses der gangbarste Weg. Spielend werden Sie auf ihm das große Ziel erreichen und sich von dem Ter- rorismus der Arbeitnehmer dauernd be- freien.“

Man muß sagen, der Herr Willers und seine Hinter- männer sind verflucht geschickte Leute: die Innungsmeister bekommen einen ansehnlichen Anpuffonds und das bauende Publikum bezahlt die Kosten. So wird der Terrorismus der Arbeiter spielend beseitigt. Dafür wird aber der Unternehmerterrorismus in ein förmliches System gebracht, denn die terrorismusfeind- lichen Biegeleiter machen zum Schluß folgendes An- erbieten: „Es sei nur noch hervorgehoben, daß in der- selben Stunde, in der die Innungen die Sperre ver- hängen oder die Arbeitnehmer den Streik verkünden, die Verkaufsgesellschaft im Arbeitsgebiet der Hamburger Innungen auch an die Nichtmitglieder keine Steine mehr liefert, damit würde ein besonderer Druck ausgeübt werden; es ruhe dann jede Arbeit. Heute wird ein Teil der Gefellen und Arbeiter durch Nichtinnungsmittglieder beschäftigt; die Arbeitenden führen von ihrem Verdienst verhältnismäßig große Beträge zur Streikkasse ab und stärken dadurch die Gegner. Das ist dann ausgeschlossen.“

Die doppelte, echt kapitalistische Moral ist geradezu köstlich: Die Innungsmeister beseitigen den Terrorismus ihrer Arbeiter, gegen die Nichtinnungsmeister wird aber in demselben Augenblicke der gemeinste Terrorismus aus- geübt. Wenn das ein alter Jesuit liest, so muß ihm das Herz im Leibe lachen und mit einem Aufschrei von Neid wird er sprechen: Die Leute sind mir doch über, denn bei ihnen heiligt der niederträchtigste Zweck auch die niederträchtigsten Mittel.

Zwischenhandel und Steuererhöhungen. Die bekann- ten Beschlüsse der Konferenz von Brauereieressenten und Wirten in Berlin, nach denen eine Steuererhöhung von 100 Millionen zu einem Aufschlag von 265 Millionen für die Brauereien und 164 bis 365 Millionen für die Wirte ausgenutzt werden soll, lenkt wieder die Aufmerk- samkeit auf den Zusammenhang zwischen Steuererhö- hungen, Steuerabwälzungen und Extraprofiten der Pro- duzenten und Zwischenhändler. Nicht bei jeder indirekten Steuer läßt sich genau feststellen, wer sie bezahlt: der Produzent, der Zwischenhändler oder die Konsumenten. Es sind da mancherlei Einflüsse wirksam, die die Ab- wälzung erschweren oder erleichtern können. Im allge- meinen wird man aber wohl das Richtige treffen, wenn man sagt: die schwächsten Schultern tragen immer die indirekten Steuern, und die schwächsten Schultern haben heute in der Regel die letzten Verbraucher, die unmittelbaren Konsumenten. Die Produzenten sind gut organisiert. Wirtschaftliche Unternehmerverbände, Kartelle und Dinge gestalten ihnen, die Steuern restlos abzupälzen. Auch die Zwischenhändler sind in zahlreichen Vereinen zusammengeschlossen, obgleich deren Macht natürlich nicht im entferntesten heranreicht an die Macht der Produzentenorganisationen. Der gesamte Zwischen- handel lebt aber von den Aufschlägen, die er auf die Waren macht, und diese Gewohnheit erleichtert ihm die Abwälzung auf die Konsumenten. Diese sind schlecht organisiert. Die Konsumentenvereine, deren Aufgabe die Wahrnehmung allgemeiner Konsumenteninteressen ist, stehen noch in gar keinem Verhältnis zur Zahl der Käufer, und die Folge davon ist, daß ein geschlossenes Vorgehen der Konsumenten gegen unberechtigte Preis- erhöhungen sehr erschwert wird. Ganz besonders dann, wenn, wie bei der Brauereierhöhung, Produzenten und Zwischenhändler sich zu gemeinsamem Vorgehen ver- binden. Es ist dann ein leichtes, die Konsumenten mit Extraaufschlägen zu bedecken und ihnen nicht nur die ge- samte Steuerlast aufzubürden, sondern noch obendrein ein Geschäft zu machen. Die Konsumenten sollten daher aus den Vorgängen bei der Bierpreiserhöhung die Lehre ziehen, daß auch sie sich in den Konsumentenvereinen zusamen- schließen müssen, wenn sie verflüten wollen, daß zu allem Steuerlegen ihnen auch noch besondere Lasten zur Füllung des Säckels der Produzenten und Zwischenhändler auf- erlegt werden. Allem Anschein nach haben die Zwischen- händler es besser wie viele Konsumenten begriffen, welchen Einfluß leistungsfähige Konsumentenvereine in Perioden wie der jetzigen auszuüben imstande sind. Die Wirte haben daher in Berlin von den Brauereien das Zugeständnis er- langte, daß diese nur an solche Kunden Bier liefern wollen, die ihren Bierpreis derart herausgeben, daß er für 1 Liter mindestens 40 Pfg. beträgt, oder daß dadurch gegenüber dem jetzigen Zustande der Ausschankpreis um mindestens 7 Pfg. für 1 Liter erhöht wird. Diese Bestimmung richtet sich vor allem gegen die Konsumen- vereine, die heute schon vielfach große Quantitäten von Flaschenbier absehen. In Hamburg haben die Wirte einer Bierpreiserhöhung von 4 M. pro Hektoliter zugestimmt, verlangen dafür aber, daß die Konsumen- vereine verpflichtet werden, ihr Bier nicht

unter 85 Mk. pro Hektoliter zu verkaufen. Ein Konsumverein, der heute sein Bier zu dem üblichen Preise von 12 Bfg. pro halben Liter verkauft, würde in Zukunft 17 1/2 Bfg. nehmen müssen. Für die Konsumvereine würde die Preissteigerung 11 Pfennig betragen, für die Wirte aber nur 4 Pfennig pro Liter! Solche Forderungen werden natürlich nur erhoben, um die Konkurrenzfähigkeit der Konsumgenossenschaften gegenüber den Wirten zu unterbinden. Die Leute sollen gezwungen werden, anstatt sich Flaschenbier im Konsumverein zu holen, die Kreipe aufzusuchen. Unerhörliche Forderungen werden sicher auch an anderen Orten erhoben. Sie sollten für die Konsumenten erst recht einen Anlaß bieten, die Konsumgenossenschaften zu stärken.

Es gärt unter den Zentrums-Arbeitern! Es wäre ja auch ein Wunder, wenn die Zentrumsführer aus der Arbeiterklasse die neue Steuerbelastung, an der ihre Abgeordneten tatkräftig mitgearbeitet haben, ruhig hinnehmen würden. So dumme sind sie denn doch nicht, daß sie nicht einsehen, wie sie von ihren Führern über den Döffel barbiert werden. Zu der Erregung, die in katholischen Arbeiterkreisen herrscht, liefert der bayrische Bärerer Münsterer folgenden Beitrag, indem er schreibt:

„Das in wirtschaftlicher Beziehung ohnehin schwache, katholische Volk sagt sich eben immer und immer wieder: 400 Millionen der neuen Steuern muß das werktätige Volk zahlen und nur 100 Millionen trägt der Besitzer.“ Und dabei hat das Zentrum in entscheidender Weise mitgeholfen. Darüber kommt der einfache, katholische Mann im Volke nicht hinweg, offen gestanden, ich auch nicht.

Auch die Bauern machen arg harte Köpfe. Auch sie sagen sehr richtig: „Den Hintern heißt allemal der Hund.“ Der Vorsteher unsres Raiffeisenvereins, ein gleichfalls intelligenter, kernchristlicher Bauer gebraucht dabei als begeistertes Zitat folgenden drollige Bild: „Sör's ma auf mit all' d'ö Zuzuk und was sonst da Staat für'n Bauern tut. Der macht's affurat wie i' mit meine Zumb'm: Vorn hängt er ihnen nei, damit er's hinten wieder rausnehmen kann. Dös sieht ma wieder bei d'ö neuen Steuern.“

Die Erbitterung unter den organisierten katholischen Arbeitern gegen das Zentrum ist zurzeit ganz verheerend intensiv. Nicht bloß in der Pfalz, sondern auch bei uns in Alt-Bayern. So hatten wir bald nach Annahme der Finanzreform eine Arbeitervereinsversammlung. Mir gegenüber nehmen sich meine Leute kein Blatt vor den Mund, das beruht nämlich auf freundschaftlicher Gegenseitigkeit. Donnerwetter, was ich da über „dös Zentrum“ — im Reichstage“ schimpfen hörte, war nicht schlecht. Ich konnte, offen gestanden, weiter nichts darauf sagen, als: „Leut', wenn es sich nur net um andre W'schicht'n handeln tät, als bloß um d'ö Konsumsteuern, nachher jaget i' ja selber: „Saur' wir's alle mitananda zum Teufel!“ „Ja, s' sell' scho“, brumnten sie dann erbittert und gaben mir auch wieder recht.

Leider wird diese Erregung nicht lange vorhalten, denn die Geistlichen verstehen es eben vortrefflich dem katholischen Volke das Gehirn zu verkleistern. Mit den sogenannten höheren Interessen, für die das Zentrum kämpft, machen sie den Arbeitern Dunst vor und wenn dann noch der Umstand hinzukommt, daß man sich allmählich an die neuen Steuern gewöhnt, so ist es erklärlich, daß die Erregung in ein Strohhalm zerbricht und keine dauernden Resultate zeitigt. Hier kann nur eine prinzipielle gründliche Aufklärung wirken, die dem Arbeiter zeigt, daß die Religion — heute, wie früher — nur den Deckmantel abgibt für die Ausplünderung der Volksmassen. Der verstorbene Zentrumsabgeordnete F. W. Weber, der Dichter von „Dreieckhinden“ hatte dies erkannt; er legt nämlich einem Klosterprior folgende Worte in den Mund:

„Dienen muß der faltenreiche Kirchenmantel hundert Zwecken: Ehrsucht, Habsucht, Machtgierigkeit, Haß und Rache muß er beden.“

Und so wird auch der Kirchenmantel die neueste Volksberaubung liebevoll zudecken: die katholischen Arbeiter schlafen weiter und die Führer lachen sich ins Fäustchen. Traurig, tieftraurig!

**Streik und Christentum.** Bekanntlich erheben die christlichen Gewerkschaften den Anspruch, alle wirtschaftlichen und sozialen Zustände vom Standpunkte des Christentums aus zu urteilen und zu regeln. Dieser Anspruch ist um deswillen so lächerlich, weil der christliche Gedanke sich mit der heutigen Wirtschaftsordnung und Weltanschauung nicht mehr verträgt. Dennoch aber ist es von Interesse, einmal wieder die Begründung des christlichen Charakters der Arbeiterbewegung kennen zu lernen. Fräulein Fanny Imle, eine Dame, die einstmal sehr vabitable Anstichten vertrat, nun aber reumütig zu Kreuze gekrochen ist, behandelt das Verhältnis zwischen Streik und Christentum in einem christlichen Gewerkschaftsblatte. Der Streik, so meint Fräulein Imle, steht mit dem Moralprinzip des Christentums an sich nicht im Widerspruch. Allerdings müsse man sich immer vor Augen halten, daß der Zusammenhang zwischen diesen beiden Dingen nicht einfach gelegnet werden kann. „Es gibt eben keine moralisch indifferenten Handlung, keine, auf die die sittlichen Werturteile gut oder böse nicht angewandt wären und keine, die sich nicht im Lichte ewiger Moralprinzipien beleuchten ließe. Wer also kein Materialist, sondern ein Ethiker ist, der muß alle Erscheinungen auf dem Gebiete menschlicher Handlungen, damit auch die Arbeitseinstellungen, unter moralische Grundsätze bringen, und wer gar seine Sittenlehre mit den Glaubenswahrheiten des Christentums begründet, der muß alle individuellen und korporativen Aktionen, auch diejenigen der täglichen Arbeit, nach den Moralgrundsätzen Christi und seiner Kirche beurteilen.“

Wie aber kann man erkennen, ob eine Handlung gut oder böse ist? Es kommt, sagt Fräulein Imle, auf den Geist an, in dem man jene Handlung unternimmt. „Die natürliche Handlung ist an sich indifferent, wird aber durch die Meinung, in der sie verrichtet wird, und durch ihre Beziehungen zu anderen Dingen gut und böse. So ist es auch mit der Arbeitseinstellung. An sich ist sie weder zu preisen noch zu verwerfen; sie ist aber ein gesetzliches und legitimes Mittel, das je nach der Bestimmung, den Absichten, Taten und Zwecken der Kämpfer-

den gut oder böse werden kann. Der Geist der Organisation gibt der rein materiellen Zurückziehung der Arbeitskraft erst ihre sittliche Qualität: ist dieser Geist christlich, so muß auch der Streik dies sein, ist er unchristlich, so kann auch der Streik das sein!“

Das sind natürlich leere Redensarten, Seifenblasen, die dem Gehirn eines religiös überspannten Menschen entspringen sind. Darüber zu disputieren hat gar keinen Zweck, denn es würde dem gelehrten Fräulein wohl schwer fallen, in der Praxis einen Unterschied zwischen einem christlichen oder unchristlichen Streik herauszubestimmen. Leere Theorien haben keinen Wert, wenn sie für die Praxis unbrauchbar sind.

**Religiöse Gehirnverkleistern.** Nachstehende Austrittserklärung, die wir ihrer Originalität halber unsern Lesern nicht vorenthalten möchten, ging dem Vorstände der Mitgliedschaft Nürnberg des Deutschen Buchdruckerverbandes zu: „Unterzeichneter erklärt hiermit seinen Austritt aus dem Verbands der Deutschen Buchdrucker. Der Verband wird noch manchem Zufall und Fortkommen gewähren, aber die Hilfe ist zeitlich — unvollkommen. Ich darf zu jener Schar gehören, denen Herr Jesus Christus Leben, ewiges Leben und volles Genüge geben kann. Möchte gern nur von seiner Gabe und Warmherzigkeit leben, drum dieser Schritt. (Evang. Joh. Kap. 10, Vers 11. Evang. Joh. Kap. 10, Vers 10 und 27—29. Unbeil Mitgliedsbuch und Verbandskarte. Habe auch noch Statuten und Reglements. Falls Sie solche wünschen, bitte ich, mir es mitzuteilen, andernfalls werde ich alles vernichten.“

Wir haben uns die Mühe gemacht, in unser Redaktionsbüro die betreffenden Stellen nachzuschlagen und finden da: „Ich bin die Tür. So jemand durch mich eingehet, der wird selig werden und Weide finden. Ich bin gekommen, daß sie das Leben und volle Genüge haben sollen. Denn meine Schafe hören meine Stimme und ich kenne sie und sie folgen mir. Und ich gebe ihnen das ewige Leben und sie werden nimmermehr umkommen und niemand wird sie mir aus der Hand reißen.“ Einen etwas schämsmäßigen Eindruck macht allerdings der arme Kerl, der infolge religiöser Gehirnverkleistern der Gewerkschaft Valet gefagt hat. Eine Religion, die derartig auf den Menschen wirkt, ist antisozial und kann gar nicht energig genug bekämpft werden.

Ein Streikgesetz, das den Streik in gewissen Fällen verbietet und unter Strafe stellt, wird von der „Arbeitsgeberzeitung für das Baugewerbe“ dringend gefordert. Der Artikelschreiber weist darauf hin, daß bereits vor einigen Jahren — zur Zeit der Buchthausvorlage — in Deutschland eine Stimmung vorhanden gewesen sei für ein Streikgesetz, wodurch Arbeiter, die „widerrechtlich“ die Arbeit niederlegen, gesetzlicher Strafe verfallen sollten. Einen Augenblick halt, Herr Artikelschreiber! Wann legt ein Arbeiter „widerrechtlich“ die Arbeit nieder? Wollen Sie uns das mal gefälligst klarmachen? Wir haben bis jetzt immer geglaubt, daß ein Arbeiter, sintermalen er freier Arbeiter ist und kein Sklave, das Recht habe, den Verkauf seiner Arbeitskraft einzustellen, d. h. seine Arbeit niederzulegen, wenn ihm die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr passen. Und wenn ein Arbeiter dies Recht hat, so haben es auch hundert und tausend Arbeiter — und dann ist der Streik fertig. Wann ist also eine Arbeitsniederlegung widerrechtlich? Etwa wenn sie dem Unternehmer unangelegen kommt und ihm Schwierigkeiten bereitet? Dann wäre jeder Streik widerrechtlich, denn es ist ja die Absicht der Streikenden, den Unternehmer zu schädigen und ihn dadurch zum Nachgeben zu zwingen. Dies hat auch das Reichsgericht als berechtigt erklärt, denn ein Streik, der nicht schädigt, hat keinen Zweck. Wir bitten also den Artikelschreiber nochmals dringend, uns zu sagen, wie man einen rechtlichen von einem widerrechtlichen Streik unterscheiden kann.

Sodann wird in dem Artikel behauptet, daß dem Arbeiter „jegliches moralische Recht zum Streiken mangle“. Das ist auch so eine Sache, denn wer soll entscheiden, auf wessen Seite bei einem Streik das moralische Recht zu suchen ist. Denken wir uns einmal, ein Unternehmer bezahlt seine Arbeiter schlecht und beschränkt ihnen obendrein noch das Koalitionsrecht. Könnte man in diesem Falle den Arbeitern das moralische Recht absprechen, auf dem Wege des Streiks sich ein menschenwürdiges Dasein und das Koalitionsrecht zu erkämpfen? Jeder Moralist wird ihm sagen, daß diese Arbeiter hier zu nicht nur das Recht, sondern auch die heiligste Pflicht haben, daß sie elende Subjekte wären, wenn sie dies nicht täten.

Sie sehen hieraus, Herr Artikelschreiber, daß es zwei Moralen und zwei Rechte gibt und daß zwischen den Anschauungen des Unternehmers und denen des Arbeiters eine große Kluft gähnt. Denken Sie erst mal hierüber nach und geben Sie uns eine Antwort, dann wollen wir weiter mit Ihnen reden. Bis dahin hat eine Diskussion mit Ihnen keinen Zweck.

**Die jugendlichen Arbeiter und die sozialen Gesetze.** Unter der gesamten Arbeiterschaft sind die jugendlichen Arbeiter die, die der Uebervorteilung und Ausbeutung am meisten unterworfen sind. Man denke nur an die armen Handwerkslehrlinge. Die jungen Arbeiter in den Fabriken haben es aber meist nicht besser. Aus diesen Gründen haben die sozialen Gesetze gerade für sie eine große Bedeutung. Die jugendlichen Arbeiter sollten sich daher bestreben, die Sozialgesetze möglichst genau kennen zu lernen; wie man sonst bestrebt ist, besonders sie zu übervertellen, so ist es auch auf dem Gebiete der sozialen Einrichtungen der Fall. Sehr oft kommt es vor, daß ihnen z. B. in bezug auf die Arbeiterversicherung nicht die Fürsorge zuteil wird, die sie nach den Buchstaben der Gesetze erhalten sollten, oder daß ihnen zu hohe Beiträge abgezogen werden. Bestreben sie die nötigen Kenntnisse der einschlägigen Bestimmungen, so werden sie sich vor Schäden schützen können. Im übrigen bekommt die gesamte soziale Gesetzgebung nur dann greifbare Gestalt, wird erst dann aus den toten Gesetzbüchern in das wirkliche Leben übergeführt, wenn die Arbeiterschaft ihre Durchführung überwacht. Wie die Arbeiterschaft erst um die Schaffung der sozialen Gesetze einen Kampf hat führen müssen, muß sie auch um die Erlangung der daraus entspringenden Rechte bemüht sein. Keine Rechte ohne Kampf! So wichtig auch die Kenntnis der sozialen Gesetze für die Arbeiterschaft im allge-

meinen und für die jugendlichen Arbeiter im besonderen ist, so wenig kümmert sich der Staat darum, daß diese Kenntnis verbreitet wird. Er hat zwar den Grundfag aufgestellt, daß die Unkenntnis der Gesetze nicht vor Strafen und Nachteilen schützt, und daß jeder Arbeiter die Gesetze kennen muß; gleichwohl unternimmt er keine Maßnahmen, um die Arbeiter mit diesen Gesetzen bekannt zu machen. In der Volksschule lernen die kleinen Leute wohl eine Reihe von Dingen, für die sie im späteren Leben nicht die geringste Verwendung haben, nicht aber das Verständnis der sozialen Gesetze. Nicht viel besser sieht es in den Fortbildungsschulen. In einigen Orten, besonders den größeren Städten, kommt man ja neuerdings mehr und mehr dazu, eine Einführung in die Arbeiterversicherungsgesetze vorzunehmen. Auf dem Lande geschieht das aber so gut wie gar nicht; dort wird in den Fortbildungsschulen teilweise noch Religion gelehrt. Da für die Mädchen der Fortbildungsschulzwang noch nicht durchgeführt ist, sind diese überhaupt von jeder Aufklärung über die sozialen Gesetze durch die Schulen ausgeschlossen. Der jugendliche Arbeiter ist also in der Hauptsache auf sich selbst angewiesen, wenn er sich die nötige Kenntnis der sozialen Gesetze erwerben will. Die beste Gelegenheit hierzu wird er in den Gewerkschaftsorganisationen und den für die jugendlichen Arbeiter eingerichteten Bildungsinstituten finden. Schon sein eigenes persönliches Interesse sollte ihn veranlassen, solche Bildungseinrichtungen zu benutzen. Er kommt dadurch in die Lage, selbständig zu handeln und sich vor Nachteilen zu schützen.

**Die neuen Steuern und die Konsumgenossenschaften.** Es ist eine sehr wichtige Frage, was die Familien der Arbeiter und der Angehörigen des Mittelstandes zu tun haben, um sich dauernd in möglichst erträglicher Weise mit den neuen Steuern abzufinden.

Darauf haben wir die Antwort: Schließt euch den Konsumvereinen an, und bedient euch in möglichst großen Teil eures Bedarfs im Konsumverein!

Nach der Konsumverein muß natürlich bei seiner Preisfestsetzung die neuen Steuern berücksichtigen. Aber er macht es nicht wie die Zwischenhändler, die eine Steuererhöhung um 2 1/2 Proz. benutzen, um 8 Proz. aufzuschlagen und sich einen Extragewinn zu verschaffen. Die Konsumgenossenschaften werden ihre Preiserhöhungen in den Grenzen halten, die unerlässlich sind. Das ist das eine. Und das andre, noch wichtigere ist, daß die Organisation der Konsumenten, wenn sie stark genug ist, ihren Mitgliedern einen Teil des Gewinnes zugute kommen lassen kann, den die Zwischenhändler auch dann nehmen, wenn sie sich bei den Preiserhöhungen genau an die Steuererhöhungen halten würden. Allerdings setzt das voraus, daß die Konsumenten in achtunggebietender Stärke organisiert sind. Jedenfalls tritt aber infolge der neuen Steuern an alle Familien, die nicht über sehr große Einnahmen verfügen, geheimerisch die Frage heran, wie sie die Kaufkraft ihres Einkommens erhöhen können. Und da ist als vornehmstes und wirkungsvollstes Mittel die Teilnahme an der Konsumgenossenschaft zu nennen! Nie läßt sich schlagender die Notwendigkeit der Organisation für die Konsumenten darstellen, als in Perioden wie der jetzigen, in der alle Hausfrauen mit sorgender Stirne eine Antwort auf die Frage suchen: Wie komme ich mit meinem Hausstandsgelde bei diesen höheren Warenpreisen aus? Mitglieder und Verwaltungen der Konsumvereine sollten daher jetzt miteinander wetteifern, um Mitglieder zu werben.

**Stenerabwälzungen.** In zahlreichen Städten Deutschlands haben die Kaffeehausbesitzer den erhöhten Pöll für Kaffee benutzt, um die Tasse Kaffee um fünf Pfennig zu verteuern. Man zahlt jetzt meistens 30 Pfennig für die Tasse Kaffee in diesen Lokalitäten, in manchen Städten sogar 35 Pfennig. Nun werden die breiten Massen der Bevölkerung von dieser Praxis der Kaffeehausbesitzer zwar nicht sehr schwer getroffen, da sie die teureren Kaffeehäuser sehr wenig besuchen. Der Vorgang beleuchtet aber trefflich das jetzt ja sehr aktuelle Thema von den Steuerabwälzungen und mag deshalb hier Erwähnung finden. Zu einer Tasse Kaffee nehmen die Kaffees 10—15 Gramm. Man rechnet, daß ein Pfund Kaffee vierzig Tassen ergibt. Der neue Pöll beträgt nun für ein Kilogramm gebrannten Kaffee 25 Pfennig. Für 40 Tassen Kaffee bezahlt also der Kaffeehausbesitzer 12 1/2 Pfennig mehr, er selbst will aber von seinen Kunden zwei Mark mehr einnehmen. Wenn ein Kaffeehaus täglich 30 Pfund Kaffee verbraucht, hat der Inhaber an erhöhtem Pöll im Jahre 1368,75 Mark zu bezahlen. Die Mehreinnahmen, die er infolge des erhöhten Kaffeepreises erzielt, betragen aber im Jahre 23 400 Mark! Der Aufschlag ist also sehr reichlich bemessen, selbst wenn man berücksichtigt, daß ja auch der Tee, die Streichhölzer, das elektrische Licht, der Mietspempel usw. teurer geworden sind. Ähnlich wie beim Kaffee im Kaffeehaus liegt es auch bei den Streichhölzern, die im Detailhandel in letzter Zeit einen Preis erreicht haben, der ganz außer Verhältnis zur Steuer steht. Wenn auch die anderen frisch verteuerten Artikel Preiserhöhungen in der gleichen Weise zur Folge haben werden, die Steuern im Betrage von 500 Millionen Mark für die Konsumenten eine Belastung von einer Milliarde bedeuten. 500 Millionen fließen dann in die Staatskasse, der Rest bleibt bei den Unternehmern, Händlern, Agenten usw. hängen, für die kann die Steuererhöhung ein gutes Geschäft bedeuten. So berechtigt der Widerwille gegen die neuen Steuern ist und so sehr es darauf ankommt, die Leidtragenden immer daran zu erinnern, wenn sie die Steuerlasten zu danken haben, man sollte darüber doch nicht außer acht lassen, daß eine mangelhafte Organisation der Warenverteilung, die Unternehmerringe und Kartelle und das große Heer der Händler den Steuerdruck noch vergrößern, der sowieso schon schwer genug den Familienvater, der nicht zu den oberen Hunderttausenden gehört, belastet. Abhilfe hiergegen kann aber nur die Organisation der Konsumenten schaffen und darin liegt die Bedeutung, die besonders in der jetzigen Zeit die Konsumvereine für die Arbeiterfamilien haben.

**Die „Arbeiterarroschen“ in der Verbrauchstatistik.** Prüft man das Sprichwort, daß die Erde Brots genug trägt, an der Hand der Statistik, so hält dies Wort heute stand, auch wenn man den Begriff des Brotes im allerweitesten Sinne nimmt. Dessen wir uns vorab an die einheimischen vegetabilischen Nahrungsmittel, so tritt ein langsame, jedoch merkbarer Wandel im Bedarf der Getreidearten zutage. Während die Menge des zum Ver-



Diese Gesetze bedeuten zwar keine Reformen von großer Bedeutung, aber sie gehen doch fast überall weiter als die Gesetze in Deutschland, wo die soziale Gesetzgebung in den letzten Jahren fast ganz zum Stillstand gelangte.

Technisches.

Patentschau. Vom Verbands-Patentbureau D. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigst. Auskünfte frei.

Angemeldete Patente.

- Nr. 75 c. O. 5943. Vorrichtung zum Erzeugen von Wasserlinien auf Holz durch eine Musterwalze mit vorgeschaltetem Farbbehälter. Robert Oldenbruch, Nürnberg, Mersbergerstraße 110. Ang. 2. 3. 08.
Nr. 75 c. Sch. 32 056. Filtereinfaß für Farbbehälter. Wilhelm Schmitz und Walter Thiele, Elberfeld, Friedriehshulstr. 20. Ang. 10. 2. 09.
Nr. 75 c. G. 26 230. Farbzerstäuber mit durch das Druckventil zu steuerndem Farbventil. Clemens Graaff, Berlin, Potsdamerstr. 10/11, und Hans Wilfore, Schöneberg, Wartburgstr. 13. Ang. 29. 1. 08.

Gebrauchsmuster:

- Nr. 75 d. 384 206. Glasgemälde. Otto Wille, Magdeburg, Schrotestr. 55. Ang. 19. 3. 09.
Nr. 9. 384 904. Streifenpinsel in der Form einer Blasendüse mit die Borsten abteilenden Zwischenlagen. Michelsohn & Steiner, Wilhelmsdorf b. Nürnberg. Ang. 11. 6. 09.
Nr. 9. 384 906. Breiter Vorstpinsel mit nachloser Metallzwinne und eingepreßter Ringwulst. Gebr. Regensteiner, Nürnberg. Ang. 11. 6. 09.

Literarisches.

Zentralverbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands. Tarifverträge im Baugewerbe 1908. Herausgegeben von den Vorständen der Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands. Hamburg 1909. Verlag von Th. Bömelburg und Gustav Behrendt.

Kostenfreien brieflichen Unterricht erteilt gewissenhaft, durch geprüfte Lehrer, die Abteilung für brieflichen Unterricht des Deutschen Arbeiter-Stenographen-Bundes. Anfragen mit üblich beigelegtem Porto richtet man an Louis Flach, Frankfurt a. M., Grabengasse 33. Protokoll der ersten Konferenz der Zementierer, abgehalten am 5. und 6. April 1909 zu Berlin. Hamburg, Verlag von Th. Bömelburg und Gustav Behrendt.

Briefkasten.

Apolba. Wir nehmen Notiz von Deiner Verichtigung, daß an dem letzten Bezirksausflug von 25 organisierten Apolbaer Kollegen 11 Mann teilgenommen haben, sodaß Apolba prozentual am stärksten vertreten gewesen ist.

Sterbetafel. Eisenach. Am 28. Juli starb nach langem Leiden unser treuer Kollege Em i l S a s e im Alter von 54 Jahren. Ehre seinem Andenken.

Vereinsteil. Bekanntmachung. Bekanntmachung.

Die Neu- und Ersatzwahlen der Zillialverwaltungen, die bis zum 16. d. M. beim Vorstände gemeldet sind, werden hierdurch bestätigt. Die Beitragsserhebung, in den Sommerwochen von 60 S in den Zillialen Dessau und Zwickau, sowie in den Winterwochen von 25 S der Zilliale Glaucha, wird hiermit bestätigt. Ausgeschlossen auf Grund des § 7a wird das Mitglied Charles Georges, Buchn. 128110, durch die Zilliale Weh; das Mitglied Otto Klein, Buchn. 122867, auf Grund des § 7 Abs. a und c durch die Zilliale München.

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkassse vom 10. bis 16. August. Eingefandt wurde für die Hauptkassse: Sonderburg 50, Dortmund 500, Brandenburg 200, Düsseldorf 400, Darmstadt 600, Colmar 80, Neugersdorf 150, Saarbrücken 250, Dessau 300, Coblenz 50, Eisenach 100, Bremerhaven 200, Mannheim 500, Chemnitz 800, Plauen 150, Posen 150, Lüneburg 85, Jena 200, Posen 600, Zwickau 500, Potsdam 200 A.

Für den Ver.-Anz.: Dortmund 6.80, Dessau 2 A. Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen: Simon, Gustav, Buchn. 31731, bez. bis 27. Woche 09 (Berlin); Ehlers, Heinz, Buchn. 25032, bez. bis 26. Woche 09 (Hamburg); Gottschall, Karl, Buchn. 49193, bez. bis 29. Woche 09 (Düsseldorf); Nothe, Ernst, Buchn. 43986, bez. bis 25. Woche 09 (Leipzig).

Material wurde verhandelt:

W. = Beitragsmarken. E. = Eintrittsmarken. D. = Duplikatsmarken. B.-M.-M. = Vereins-Anzeiger-Marken. A. = Kalender. F. = Futterale. P. = Protokolle. Ex. = Extra-Marken. M.-M. = Marken-Mappe.

- Altenburg 800 B. a 60 S; Bayreuth 20 E., 1 P.; Bernburg 400 B. a 55 S; Bielefeld 2000 B. a 60 S, 1 P. a 60 S; Bremen 10 000 B. a 60 S; Bunsau 200 B. a 50 S, 20 E., 4 P., 5 F.; Dessau 600 B. a 50 S, 1200 B. a 60 S, 1200 B. a 20 S; Delmold 20 E.; Düsseldorf 6000 B. a 65 S, 10 D.; Essen 2 P. a 60 S; 6 M.-M.; Greiz 800 B. a 60 S, 10 E.; Kattowitz 50 E.; Kronach 10 E., 20 F., 15 P.; Lörrach 4 P.; Mainz 100 B. a 50 S; München 10000 B. a 60 S, 3000 Ex.; Nürnberg 12000 B. a 65 S, 10 D.; Oelsnitz 200 B. a 50 S; Oppeln 1 M.-M.; Reichenbach 400 B. a 50 S; Sagan 20 F.; Spandau 20 E.; Stuttgart 10 P.; Weida 400 B. a 50 S.

S. Wenker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(Eingeliegene Kassse Nr. 7.) Bericht des Hauptkassierers vom 8. bis 14. August. Ueberhänge von den örtlichen Verwaltungen wurden eingefandt von Greiner-Leipzig 200 A.; Nürich-Chemnitz 100 A.; Schulz-Coepnick 100 A.; Hoff-Altona a. G. 200 A.; Nowack-Cottbus 100 A.; Sittich-Darmstadt 100 A.; Strapp-Hamburg 100 A.; Hartung-Flmenau 100 A.; Bertram-Hannover 150 A.; Freitag-Wilmersdorf bei Berlin 100 A.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden eingefandt an Vetter-Friedrichshagen 70 A.; Strud-Göttingen 100 A.; Brunner-Negensburg 100 A.; Eberling-Weimar 100 A.; Kommen-Cöln a. Rh. 200 A.

Krankengelber erhielten: Buchn. 26 307, W. Hartmann in Göttingen in Baden, 11.25 A.; Buchn. 28045, K. Walossek in Breslau, 13.50 A.; Buchn. 21 375, P. Stange in Jena, 29.25 A.; Buchn. 15 934, D. Brink in Neustadt-Gödens, 27 A.; Buchn. 30 037, D. Reichenbach in Weimar, 13.50 A.

Vom 11. Juni bis 3. Juli gingen für ausgezahlte Krankenunterstützung Scheine ein: Nachen A 16.10, Altenburg 4.50, Bamberg 24.05, Berlin 772.05, Bielefeld 3.50, Braunschweig 83.65, Bremen 101.90, Bremerhaven 12.50, Breslau 224.20, Cassel 72.70, Chemnitz 104.50, Coblenz 4.—, Colmar 15.85, Cöln 50.50, Cöthen 20.30, Crimmitschau 4.80, Danzig 41.10, Darmstadt 77.75, Dessau 29.—, Dortmund 45.60, Dresden 284.85, Düsseldorf 33.10, Eberswalde 34.65, Eisenach 21.70, Elberfeld 25.25, Erfurt 7.50, Schweig 10.50, Finsterwalde 40.—, Flensburg 38.85, Frankfurt a. M. 469.15, Freiburg 102.35, Friedberg 42.80, Gießen 65.45, Glaucha 14.20, Gotha 171.15, Göttingen 13.55, Greiz 9.75, Halle 139.05, Hamburg 167.10, Heidelberg 7.15, Jena 52.20, Kaiserlautern 13.20, Kiel 80.65, Königsberg 42.05, Landau 28.—, Leipzig 85.25, Lübeck 3.90, Lüneburg 9.40, Magdeburg 70.70, Mainz 500.20, Mannheim 193.10, Meerane 18.05, Weh 2.50, Wernfelde 14.25, München 98.20, Neugersdorf 8.40, Remminter 61.75, Nowawes 38.10, Nürnberg 362.55, Osnabrück 4.20, Plauen 8.—, Posen 7.50, Rathenow 21.60, Regensburg 17.95, Rosenheim 9.—, Rostock 17.10, Sonderburg 4.20, Spandau 4.20, Stettin 13.—, Straßburg 77.50, Stuttgart 135.90, Tilit 5.25, Wiesbaden 257.85, Wilhelmshaven 69.90, Worms 3.50, Würzburg 48.40, Einzelmitglieder 6.—, Summa A 5823.15.

An Sterbeunterstützung: Nachen A 10.—, Berlin 185, Braunschweig 10.—, Bremen 10.—, Bremerhaven 10.—, Breslau 60.—, Chemnitz 10.—, Cöln 35.—, Danzig 50.—, Dresden 70.—, Eisenach 10.—, Frankfurt a. M. 95.—, Hamburg 60.—, Heidelberg 10.—, Kaiserlautern 40.—, Kiel 70.—, Königsberg 35.—, Leipzig 10.—, Magdeburg 10.—, Mainz 70.—, Mannheim 20.—, Meerane 20.—, München 20.—, Nürnberg 70.—, Osnabrück 10.—, Plauen 20.—, Posen 10.—, Regensburg 10.—, Straßburg 45.—, Stuttgart 20.—, Waldenburg 10.—, Weida 20.—, Wiesbaden 130.—, Würzburg 35.—, Summa A 1300.—.

An Wächnerinnenunterstützung: Nürnberg A 6.—, S. S. Kasse, Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 17.

Anzeigen.

Achtung Kollegen!

Das Mitglied Fritz Bloss (Buchn. 40437) ist unter Mitnahme von 50 Beitragsmarken a 60 Pfg. und 20 a 25 Pfg. von hier verschwunden. Bloss wird hierdurch aufgefordert, seinen Pflichten sofort nachzukommen, da sonst weitere Schritte unternommen werden. (M 2.—) K. Locke Kassierer der Zilliale Müdenscheid.

Wer den Aufenthalt des Kollegen Wilhelm Matzanke

ca. 23 Jahre alt, aus Hamburg, kennt, wird gebeten, wegen Ertheilung Nachricht an Kammer, Kiel, Danmstr. 15, pt., zu senden.

Malergeschäft zu verkaufen.

Gutgehendes Malergeschäft, mit Handel von Glas, Tapeten und Farben, wegen Todesfall sofort zu übernehmen. Desgleichen zu verkaufen ein mit Laden eingerichtetes Wohnhaus mit Hofraum, an sehr günstiger Lage, bei mäßiger Anzahlung. Mündliche Aussprache erwünscht. Ida Schlosser Wwe., Neuhaus a. d. Oste.

Unterricht in Holz-, Marmor-, jeder Art erteilt bei mäßigem Honorar M. Mädler

Leipzig, Kohlgartenstr. 21.

Malerschule Hameln a. d. Weser

Fischbeckerstraße 46. Staatlich genehmigt. Bedeutende Erfolge in der Dekorations-, Holz- u. Marmormalerei, ferner Buchführung, Vorträge. Es wirken verschiedene erste Speziallehrkräfte in getrennten Lehrfächern. Prospekt kostenlos durch die Schulleitung.

Malerschule zu Bremerhaven

von C. H. Dreier Grabenstraße Nr. 22. Schule für Dekorations-Malerei, Holz und Marmor, Schriften. Prospekte gratis und franko. Wintersemester vom 1. November bis 31. März.

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.— Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc. Ph. Brühl, Heesen i. Westf.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren. Prospekt über das rühmlichst bekannte

Mahlers Fondin Mahler & Co., Bamberg II.

Billig und praktisch ist unstrittig das Werk zum Selbstunterricht:

„Neue Holz- und Marmormalereien“ Serie I: Neue Holzmalereien Mk. 18.— Beide Werke Serie II: Neue Marmormalereien 15.— Mk. 32.— Porenrollen per Paar (1 und 2 1/2 Zoll breit) Mk. 6.—, einzelne (3 Zoll breit) Mk. 4.50. Sämtliche Pinsel für die Holz- und Marmormalerei. Spezialschule für Holz- und Marmormalerei von Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5 Lindenstrasse 19. Man verlange Prospekt!

Sommerkursus für Holz- und Marmor-Malerei Dienstags und Freitags, abends 8—10 Uhr, pr. Monat Mk. 5.— H. Muuhs, Altona, Alsenplatz 1, II.

Malerschule Gotha Wirklich praktische Schule. Mässiges Schulgeld. — Viele Anerkennungen. Letzte Auszeichnung: Staatspreis Gera 1909. Prosp. d. d. Schulleitung P. Teichgräber.

Düsseldorfer Malerschule für Dekorationsmalerei (Prämiiert mit nur höchsten Auszeichnungen) 15. Oktober bis 31. März. Prospekt kostenlos durch den Vorstand Heinr. Weischeide, Düsseldorf-Oberkassel, Oberkasselerstr. 13.

Malerschule Buxtehude Größte Schule für Dekorationsmalerei. 1907 wieder goldene Medaillen und Ehrenpreise. Progr. d. Direktor Eiserwag.

Detmolder Malerschule — Dekoration, Holz und Marmor etc. — Jüngste Auszeichnung 1908 — Staatsmedaille Photographien bisheriger Arbeiten franko gegen franko.

Mod. Pratt. Schriftenheft 1.50 Mt. und 20 Pfg., ferner Anleitung zum Schrifteinteilen von Pöbng 2.70 Mt., Schriftenheft mit 100 versch. Schriften von Reich 2.50 Mt., 20 Dektuben 4 Mt., Malerkläster und Malerleiber billig.

P. Steet, Nürnberg, Ob. Wörthstr. 18.

Wanderlust!!

— Lieberbuch für Handwerker! — Enthält 196 der schönsten und bestbeten Handwerker-, Wander- und Freiheitslieder. Preis 50 Pfg. — Zu beziehen durch Otto Kaufmann, Berlin W. 35, Lühowstr. 8, II.

Gold-Abfälle.

Kaufe zum höchsten Preis jeden großen und kleinen Posten Kehrgold, Goldwatte und Abkratzgold. Briefe oder Paketendungen werden schnell erledigt. Um genaue Adressen wird geb. Max Haupt, Dresden, Blasewitzstr. 64.

Maler-Mäntel und -Hosen fertigt aus ausprobierten Qualitäten mit Umlege- und Stehtragen, schrägen und gleichen Taschen Taschen

Die Berufs Kleidung - Spezialfabrik von Emil Hohlfeldt, Dresden-N., Ritterstr. 2-4. NB. Der Verkauf geschieht portofrei nach allen Orten. Bestellungen Sie Preiskliste frei S. us. Maleranzug „In Einem“ Idealtes Schutkleid. Wiederverkäufer bezw. Niederlagen gesucht. G. Evans, Hamburg 5, Ernst Meckstr. 12.

Maler - Mäntel,

beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegefragen. Nur eigenes Fabrikat. 110 120 130 140 cm lang jeht 2.75 2.90 3.10 3.25 M. Hosen aus Kesselstoff 2.— M., Mähen 40 S, Drell-Hosen und Jacken a 2.80 M., Extra-Größen 3.— M. 11. Qualität 25 S billiger. Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben. D. Wurzel & Co., Berlin, Brüdenstraße 13, I.

Rheinländische Berufskleidung

ist anerkannt die beste. Berlin N., Brunnenstraße 119. Eigene Fabrik. Verkauf zu Fabrikpreisen. Versand nach ausserhalb.

Maler-Rittel

prima Messel 110 120 130 140 mit schrägen Taschen 2.25 2.50 2.50 2.75 M. extra schwerer 110 120 130 140 Messel ob. Körper 3.— 3.25 3.25 3.50 M. Drell-Hosen und Jacken Mt. 1.50, 2.45, 3.50.

Büding's Maleranzug „In Einem“

D. H. G. M. Unerreicht in Zweckmäßigkeit und Billigkeit. Vollkommenster Anzug der Welt. Generalvertrieb für Deutschland: George Evans Ernst Meckstr. 12 Hamburg.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 33 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Zillialen bei. Für die Redaktion verantwortlich G. Meck, Hamburg, Schmalenbeckerstraße 17. Verlag von S. Wenker, Hamburg 22. Druck von Friedrich Meher, Hamburg 23.